Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbmonatlich 100.— Mark. Einzelverkaufspreis 10.— Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 32.— Mark, auswärtige 36.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30.— Mark, für Reklamen 100.— Mark
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 271. Sonnabend, 18. November 1922. 29. Jahrgang.

Cunos Mission.

SPD. Berlin, 18. November.

Der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, ist am Freitag abend aus Hamburg zurückgekehrt, um seine Mission zu erfüllen. Cuno hat zweifellos eine gute Auslands- und Inlandspresse, ebenso hat die Börse auf seine Beauftragung reagiert. Man kann daraus ersehen, daß der Reichspräsident als Nachfolger Dr. Wirths keine schlechte Persönlichkeit auserwählt, sondern einen guten Griff getan hat. **Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß ein Kabinett Cuno zustande kommt.** Noch bevor der vom Reichspräsidenten in Aussicht genommene Reichskanzler in Berlin eintraf, haben sich Schwierigkeiten entwickelt, die eine schnelle Kabinettsbildung vorläufig unwahrscheinlich zu machen scheinen.

Nicht die Sozialdemokratie ist der schuldige Teil an diesen Schwierigkeiten, sondern sie gehen diesmal von den Kreisen aus, die an dieser Krise ganz und gar unschuldig sein wollen. Aus den Besprechungen, die Cuno mit den Parteiführern vor seiner endgültigen Annahme des Auftrages führte, war zu entnehmen, daß er beabsichtigt, die von Reichskanzler Dr. Wirth am Tage vor seinem Rücktritt an die Reparationskommission gerichtete Note mit neuen deutschen Vorschlägen zur Grundlage seines Regierungsprogramms zu machen. Bekanntlich fand diese Note nicht nur die Zustimmung der bisherigen Regierungsparteien, sondern auch die Billigung der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei. Es liegt deshalb auf der Hand, daß Cuno beabsichtigt, eine Regierung zustande zu bringen, die auch in Zukunft der Unterstützung jener Kreise sicher ist, die sich mit der Note einverstanden erklärt haben. In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse scheint das äußerst schwer. Die Sozialdemokratie wird nach wie vor ihren Beschluß gegen die Zusammenarbeit mit der Volkspartei aufrechterhalten, während die Volkspartei keine Neigung zeigt, eine Regierung zu unterstützen, in der sie nicht offiziell vertreten ist. Mit Wirtschaftlern zusammenzugehen, die Gewähr für eine gute Zusammenarbeit bieten, war die Sozialdemokratie immer bereit. Soweit wir informiert sind, hat Genosse Hermann Müller während seiner Unterredung mit Cuno aus dieser Auffassung unserer Fraktion auch kein Hehl gemacht, sodaß keine Rede davon sein kann — wie die volksparteiliche „Zeit" in ihrer gestrigen Abendausgabe schreibt —, daß nach den bisher geführten Vorbesprechungen von einem Kabinett Cuno-Stresemann gesprochen werden kann.

Außer der Volkspartei, die auf eine offizielle Beteiligung großen Wert legt, besitzt aber auch das Zentrum gegenwärtig noch wenig Neigung, dem Vorhaben Cunos restlos zuzustimmen. Cuno hat die Absicht, den Reichsfinanzminister Dr. Hermes in das Außenministerium zu übernehmen und ihn durch den Finanzminister des Kabinetts Stegerwald, Saemisch, zu ersetzen. Hierin sieht die Fraktion des Zentrums einen Vorstoß gegen ihren bisherigen Kanzler Dr. Wirth und betrachtet ferner die Besetzung des Außenministeriums durch Dr. Hermes als unvereinbar mit dem von ihr vor wenigen Tagen übergebenen Beschluß, der starke Sympathien für Wirth zum Ausdruck bringt. Dr. Wirth leitete bisher bekanntlich auch das Außenministerium. Aber auch sonst steht innerhalb der für die Regierungsbildung mit in Betracht kommenden Fraktionen des Reichstages kaum eine einheitliche Auffassung über die Besetzung der anderen Ministerien.

Es ist also vorläufig noch nicht abzusehen, ob überhaupt ein Kabinett Cuno zustande kommt und wann die Bildung irgend einer Regierung vor sich geht. Das ist um so bedauerlicher, als Deutschland sich innen- und außenpolitisch in einer Situation befindet, die eine starke Regierung erfordert.

Kombinationen!

TU. Berlin, 17. November.

Um die Mittagsstunde konnte man noch nichts Endgültiges feststellen, ob das Kabinett Cuno als sicher gelten kann. Immerhin scheint die Gesamtlage wesentlich ruhiger und für die Kabinetsbildung günstiger zu sein, als noch am gestrigen Tage. Im besonderen liegen zuverlässige Anhaltspunkte dafür vor, daß das Zentrum seine bisherige abseitige Stellung wesentlich gemildert hat. Was Personenfragen angeht, so ist die Uebernahme des Außenministeriums durch Dr. Hermes als sicher anzunehmen. Ebenso sicher ist der Rücktritt des Staatssekretärs Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, für den wohl der bayrische Demokrat und ehemalige bayrische Handelsminister Dr. Hamm eintreten dürfte. Auch sonst wird die demokratische Besetzung im neuen Ministerium dieselbe sein, wie im vorhergehenden. Hier aber sind Namen noch nicht zu nennen. Ueber die Stellung des Reichswirtschaftsministers Schmidt, den die Sozialdemokraten unter allen Umständen zu halten versuchen, ist noch nichts endgültig zu erfahren. Immerhin heißt es, daß die eine oder andere Partei die Kabinettsbildung an dieser Personenfrage nicht scheitern lassen würden. Das Verbleiben des Reichsinnenministers Dr. Köster dürfte wohl sichergestellt sein. Auch der frühere unabhängige Sozialdemokrat Dr. Hilferding wird im Zusammenhang mit den Verhandlungen Cunos genannt. Es ist noch nicht ganz sicher, für welches Ministerium Dr. Hilferding in Betracht kommt. Einige nennen für ihn das Reichsfinanzministerium. Die Vertreter des Kabinetts, soweit sie der Deutschen Volkspartei nahe stehen, sind noch nicht genannt worden.

Nach dem „Vorwärts" beabsichtigt Geheimrat Cuno zwei neue Männer aus der Sozialdemokratischen Partei in das Kabinett zu bringen, und zwar außer Dr. Hilferding, der noch nicht der Fraktion angehört und dessen Eintritt in das Kabinett anscheinend auch von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft wegen seiner hervorragenden fachlichen Eignung sehr gern gesehen würde, auch noch den ihm befreundeten Geschäftsführer der Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine Hamburg, Everling, der nach der Revolution kurze Zeit dem Hamburger Senat angehört hat. Am umstrittensten wird das Außenministerium sein. Geheimrat Cuno hat das Auswärtige Amt Dr. Hermes angeboten. Diese Wahl hat mehrere Parteien verstimmt, vor allem im Zentrum selbst wenig Beifall gefunden. Die Deutsche Volkspartei verhält sich abwartend und wird ihre Haltung abhängig machen von der Zusammensetzung des Kabinetts. Die Absicht, das Aeußere Dr. Hermes zu übertragen, scheint auch in den Reihen der Deutschen Volkspartei nicht freundlich aufgenommen zu sein.

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge, gehen über die Personenfrage in den Wandelgängen des Reichstages die verschiedensten Gerüchte um. So wird gesagt, daß an Stelle des bisherigen Reichsjustizministers Dr. Radbruch der frühere Justizminister Abgeordneter Dr. Heintze in Frage kommt. Was die Haltung der Sozialdemokraten anbelangt, so scheint es sich weniger bei ihnen um die Frage zu handeln, wieviele Sitze sie im neuen Kabinett bekommen als darum, daß sie unbedingt an dem Reichswirtschaftsminister Schmidt festhalten. Die Meldung, daß Dr. Hilferding für das Wiederaufbauministerium in Betracht kommt, wird in sozialdemokratischen Kreisen bestätigt, obwohl Cuno bisher noch nicht offiziell an Hilferding herangetreten ist.

Schwierigkeiten.

Berlin, 17. November.

Generaldirektor Cuno wird heute nachmittag nach seiner Rückkehr aus Hamburg mit den Persönlichkeiten in Fühlung treten, die er zu seinen Mitarbeitern in Aussicht genommen hat. Er hat die zu anspruchsvoll klingende Bezeichnung „Kabinett der Köpfe" ebenso abgelehnt, wie das andere hochtrabende Kennwort von den „beherzten Männern" und spricht bescheidener, aber auch farbloser von einem Kabinett der Arbeit. Das Zentrum hat sich bisher nicht geäußert, und man glaubt aus diesem Schweigen eine gewisse Mißstimmung über das Fallenlassen Wirths herauszulesen, die aber wohl zu überwinden sein wird. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Berücksichtigung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei. Es heißt, daß die Sozialdemokraten als einzigen parlamentarischen Minister der Volkspartei den Abgeordneten v. Raumer vertragen würden. Im übrigen darf angenommen werden, daß die bisherigen Minister, vor allem Reichswehrminister Dr. Geßler, Justizminister Dr. Radbruch, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und vor allem der Reichsschatzminister und Vizekanzler Bauer ihre Posten behalten werden.

Die Ansicht Amerikas.

Berlin, 17. November.

In amerikanischen Kreisen wird die Kandidatur Cuno als eine besonders glückliche bezeichnet. Man legt Wert darauf, daß Cuno bei seinen wiederholten Besuchen in Amerika, wie vor allen Dingen bei seinen Besprechungen mit dem Präsidenten Harding, eine so genaue Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse bekundet hat, so daß man sich von einem Zusammenarbeiten mit ihm und dem jetzigen deutschen Botschafter in Washington, Wiedfeld, nur Ersprießliches verspricht. — In englischen Kreisen verspricht man sich durch eine ausgesprochene Majorität, wie sie augenblicklich gegeben ist, auch eine Stetigkeit der englischen Weltpolitik und damit eine Gradlinigkeit in bezug auf das Verhalten Deutschlands gegenüber. Der Umstand, daß die Wahl des Reichspräsidenten auf einen Organisator vom Typus Cuno gefallen ist, verstärkt nur das Vertrauen zu der Einsicht des Präsidenten Ebert. In den Kreisen der neutralen Diplomaten endlich herrscht durchweg die Stimmung vor, daß man jede politische Einheitsfront warm begrüßt, die Dauer verspricht und eine gradlinige Außenpolitik verfolgt.

Dollar 6800.

Die neue Lage in England.

London, 17. November.

Dem „Daily Telegraph" zufolge beträgt die konservative Mehrheit über alle Parteien zusammengenommen 87. Einige Ergebnisse stehen noch aus, aber das bisherige Ergebnis rechtfertigt die Zuversicht Bonar Laws auf eine gute Mehrheit seiner Regierung reichlich.

Der „Daily Expreß" hebt die vernichtende Niederlage der Lloyd-George-Kandidaten hervor.

Der sozial-politische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" weist darauf hin, **daß die Arbeiterpartei ihre parlamentarische Stärke mehr als verdopple.** In den industriellen Wahlkreisen seien ihre Siege mehr vom sozialistischen als vom gewerkschaftlichen Flügel davongetragen worden.

Die „Morningpost" schreibt, es sei eine Lehre der Wahlen, daß ganze Teile der Industriegegenden, insbesondere in West-Schottland und in Süd-Wales nicht für die sogenannten Gemäßigten der Arbeiterschaft gestimmt hätten, sondern für die ausgesprochen Radikalen. Nach Ansicht der „Daily News" wird die Arbeiterpartei im neuen Parlament die des letzten Parlaments in intellektueller Hinsicht weit überragen. An ihrer Spitze würde sie Leute haben wie Ramsey Macdonald, Snowden, Clynes, Patrick-Hastings, Ponsonby, Trevelyn, Morel und Greenwood. Das stelle eine parlamentarische Kombination dar, die weit mächtiger sei, als jede bisher von der Arbeiterpartei eingesetzte. Die meisten dieser Männer seien ausgesprochene Pazifisten, deren Sieg eines der seltsamsten Ergebnisse der Wahlen darstelle. Er sei wahrscheinlich auf die kriegsgegnerische Stimmung unter den weiblichen Wählern zurückzuführen.

Der Sultan geflohen.

London, 17. November.

Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel hat sich der Sultan heute morgen an Bord des britischen Schlachtschiffes „Malaya" begeben, das sofort nach Malta abging.

*

Die Flucht des Sultans, der sich schon seit dem Wiederauftauchen der Angoratürken in Konstantinopel nur noch unter dem Schutz der englischen Schiffsgeschütze und englischen Palastwachen sicher gefühlt hat, ist die unmittelbare Folge des gegen ihn jetzt angedrohten Verfahrens vor einem Staatsgerichtshof, ganz nach dem Muster des von den Griechen gegen ihren abgesetzten Konstantin eingeleiteten. Der Ausgang solcher Verfahren ist ein recht zweifelhafter, und am wenigsten wird der Sultan darüber Zweifel gehabt haben, nachdem er selbst schon einmal ähnliche Urteile gegen nationalistische Führer, darunter auch das Todesurteil gegen Kemal Pascha bestätigt hat. Daß dieses damals nicht vollzogen wurde, lag nicht an ihm, aber gerade deshalb wird er sich doppelt unsicher fühlen.

Orientkonferenz am 20. November.

Lausanne, 18. November.

Es ist bestimmt, daß die Orientkonferenz unter dem Vorsitz des schweizerische Bundespräsidenten am Montag, dem 20. November, wahrscheinlich um 5 Uhr nachmittags, eröffnet werden wird. Der französische Gesandte in Bern hat gestern dem Bundespräsidenten offiziell die Mitteilung von dem Zusammentritt der Konferenz überbracht. Die große Frage des Tages ist die der Sonntag-Zusammenkunft Poincares, Lord Curzons und Mussolinis in Territet. Man spricht hier von einer vollständigen Einigung zwischen London und Paris, die seit gestern abend erzielt sein soll. Einige sprechen von einer völligen Schwenkung in der französischen Politik, durch die die Einigung möglich geworden sei.

Angliederung der Republik des Fernen Ostens an Sowjetrußland.

Moskau, 16. November. (Eig. Drahtb.)

Wie sowjetamtlich aus Tschita gemeldet wird, beschloß die Nationalversammlung einstimmig ihre Selbstauflösung, die **Errichtung des Sowjetsystems in der Republik des Fernen Ostens und deren Angliederung an Sowjetrußland.** Es wurde ein Revolutionskomitee eingesetzt und Delegierte für den allrussischen Rätekongreß gewählt.

Mit Ausnahme eines amerikanischen und eines japanischen Kreuzers haben die ausländischen Kriegsschiffe den Hafen von Wladiwostok verlassen. In Wladiwostock sind Mitglieder der nach Sibirien entsandten deutschen wirtschaftlichen Studienmission eingetroffen.

Die Arbeiterpresse Norwegens.

Im „20. Arhundrede", in der Zeitschrift der norwegischen Arbeiterpartei, finden wir interessante Angaben über die Zeitungen der Partei im nördlichen Norwegen. In diesem Gebiet das von kaum 300 000 Menschen bewohnt wird, (also halb so viele Einwohner zählt, als Mecklenburg) erscheinen nicht weniger als 7 Zeitungen der Arbeiterpartei; auch in Hammerfest, der bekannten nördlichsten Stadt Europas, hat die Partei ein eigenes Organ (Vest Finmarkens Social-Demokrat).

Reichstag.

269. Sitzung.

Freitag, 17. November, 2 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutschnationalen Antrages auf Aenderung des Umsatzsteuergesetzes. In seiner ursprünglichen Form forderte der Antrag die Aufhebung der Anzeigensteuer für Zeitungen und Zeitschriften. Der Elfte Ausschuß hat dagegen beschlossen, die Inseratensteuer wie folgt zu ermäßigen: Von der ersten Million Mark des innerhalb eines Kalendervierteljahres vereinnahmten Entgeltes auf ½ %, von der nächsten Million Mark auf 1 %, von der weiteren Million auf 1½ % und darüber hinaus auf 2 %. Das Gesetz soll vom 1. Januar 1922 an in Kraft treten.

Nach der Begründung dieses Beschlusses durch den Abg. Bruhn (DN.) beantragt Abg. Koenen (Komm.) erneut die völlige Beseitigung der Umsatzsteuer. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt wird, wird die Aufhebung der Besteuerung der Konsumvereine gefordert. Gegenüber den Ausführungen Koenens bemerkt Abg. Bruhn (DN.), diese Maßnahme sei nicht zugunsten der Stinnespresse, sondern der mittleren und kleineren Presse geplant.

Abg. Kahmann (Soz.): Wir haben immer erklärt, daß wir, wenn es die Finanzverhältnisse gestatten, die rohe Umsatzsteuer beseitigen wollen, die selbst in Rußland eingeführt worden ist. Im nächsten Monat werden wir uns auch bei der Beratung der Einkommensteuer-Novelle mit der Entlastung der Genossenschaften zu beschäftigen haben, die tatsächlich durch die Umsatzsteuer ungerecht belastet werden. Wir können deshalb dem kommunistischen Antrag heute nicht zustimmen.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge wird der Ausschußantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach kurzer Aussprache wird die Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-Gesetz in allen drei Lesungen angenommen. Damit wird die Gehaltsgrenze für die Zuständigkeit auf 840 000 Mark erhöht.

Dann setzt das Haus die Aussprache über die neue Geschäftsordnung fort. Abg. Ledebour (US.) macht eine Reihe von Bedenken gegen den Entwurf, insbesondere gegen die schematische Verkürzung der Redezeit auf ¾ oder eine halbe Stunde geltend. Er beantragt Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß. — Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) verteidigt die Beschlüsse des Ausschusses gegenüber den Angriffen des Vorredners. — Der Antrag Ledebour wird nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird der deutschnationale Antrag, in § 16 zu sagen: der gewählte Präsident scheidet mit seiner Wahl von selbst aus der Fraktion aus, der er angehört," abgelehnt. — Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Verkehrswesen beschlossen. — Nach der Ablehnung einer Reihe demokratischer Abänderungsanträge wird die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt. Außerdem stehen Kleine Anträge und Vorlagen auf der Tagesordnung. — Schluß 6 Uhr.

Vor den oberschlesischen Wahlen.

Am Sonntag finden in Oberschlesien die Wahlen zum Reichstag und Landtag statt. Wenn am Montag die Resultate bekannt werden, wird ein großes Geschrei über die angebliche Niederlage der Sozialdemokratie sich erheben — das kann man schon heute vorhersagen. Denn die Sozialdemokratie hatte in Oberschlesien bisher sechs Reichstagsabgeordnete und acht Landtagsabgeordnete, und wenn die jetzigen Wahlen günstig ausfallen, wird sie danach zwei bis drei Reichstagsabgeordnete und drei bis vier Landtagsabgeordnete haben.

Und doch könnte in diesem Falle von einer Niederlage im Ernst nicht die Rede sein. Durch den Genfer Schiedsspruch hat Oberschlesien etwa die Hälfte seiner Wählerzahl verloren. Die an Polen überwiesenen Gebiete umfassen gerade die vorwiegend industriellen Teile des Landes, in denen die Sozialdemokratie ihre stärkste Anhängerschaft hatte. Dazu kommt, daß in Oberschlesien seit den Revolutionswahlen von Januar/Februar 1919 nicht gewählt worden ist und daß leider dort, wie im ganzen übrigen Deutschland, seither unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse die Anhängerschaft der Sozialdemokratie sich vermindert hat.

Aber auch besondere Umstände haben den oberschlesischen Genossen den Wahlkampf erschwert. Wie bekannt, ist gerade zu Beginn dieser Woche der Reichstag zusammenberufen worden, und die Regierungskrise hat die Reichstagsabgeordneten gezwungen, in Berlin zu bleiben und die für Oberschlesien zugesagten Versammlungen aufzugeben. Die bürgerlichen Parteien hingegen haben den oberschlesischen Wahlkampf mit einem ganz außergewöhnlichen Aufwand an Kräften und Geldmitteln betrieben. Die Führung haben dabei die Deutschnationalen, deren beurlaubter Mörderflügel, die Deutschsozialen, mit ihrem Knüppel-Kunze an der Spitze, in ganz Oberschlesien eine ebenso lärmende wie gewalttätige Propaganda führen. Ihr terroristisches Treiben hat dazu geführt, daß die jüdischen Bürger sich fast nirgends mehr in der Oeffentlichkeit und das politische Leben wagen.

Reichsregierung und preußische Regierung werden hier auf Grund der Erfahrungen dieses Wahlkampfes eingreifen und für die Zukunft die Wahlfreiheit sicherstellen müssen. Endlich ist in Oberschlesien, wo die ältere Erfahrung in der Parteiorganisation fehlt, auch die Zusammenführung der ehemaligen Unabhängigen und Sozialdemokraten nicht so reibungslos vor sich gegangen, wie das wünschenswert gewesen wäre.

Unser oberschlesischer Wahlkampf ist also unter besonders ungünstigen Bedingungen ausgefochten worden. Aber ganz unabhängig davon war von vornherein gewiß, daß wir bei den oberschlesischen Neuwahlen mehr als die Hälfte der bisherigen sozialdemokratischen Mandate würden einbüßen müssen. Wenn die Gegner nachträglich darüber frohlocken, braucht sich niemand dadurch irreführen zu lassen. Darum sei die sichere Erwartung dieses Wahlausganges ruhig schon vor der Wahl ausgesprochen!

Poincare und Marksturz.

Paris, 18. November.

In der Kammer wurde gestern die Interpellationsdebatte fortgesetzt und Poincare nahm als erster Redner das Wort, um in seiner Rede vom Verlangen Frankreichs fortzufahren. Er begann mit der Erklärung, daß in der Orientfrage Frankreich mit England und Italien vor der Eröffnung der Londoner Konferenz zu einer Einigung kommen werde.

Hoffen wir, so sagte Poincare fort, daß dieselbe Einmütigkeit zwischen den Alliierten auch in der Frage der Reparationen zustande kommen wird. Zweifellos, sagte Poincare, ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überhaupt augenblicklich verringert. Die Stunde ist jetzt gekommen, wo die Alliierten sich über die Maßnahmen einigen sollen, die sie gegenüber dem deutschen Zahlungsversäumnis zu ergreifen haben. Deutschland hat nach Beendigung des Krieges die Anzahl und Entlohnung seiner Beamten systematisch erhöht. Es wurde nach allen Seiten Geld ausgegeben, ohne neue Steuern auszuschreiben und die alten einzuziehen. Es hat von der Papierinflation gelebt. Danach darf es nicht behaupten, daß die Geldentwertung der Mark von der Größe der deutschen Schulden und der geleisteten Zahlungen herrührt. Die deutschen Zahlungen beschränken sich auf einige wenige Milliarden, während Frankreich 90 Milliarden für Rechnung der Reparationen vorgestreckt hat. Suchen wir also nicht im Vertrage von Versailles die Ursache für den Zusammenbruch der Mark.

Die Hauptursache ist in der Unordnung des Budgets, die Deutschland gewollt und zum mindesten geduldet hat, zu suchen. Alles läßt darauf schließen, daß Deutschland an der Krise, die es jetzt durchmacht, schuld ist. Der Redner erkannte allerdings an, daß Deutschland im Augenblick sehr wenig seine äußeren Schulden mit Gold bezahlen könne. Man könnte aber diese Schuld durch Ueberlassen von Auslandsforderungen begleichen, denn Deutschland sei in der Lage, sich Auslandsforderungen zu verschaffen, wenn es seine Finanzen reformiere. Andererseits könne Deutschland durch Sachlieferungen und durch Leistung von Arbeit, sei es im zerstörten Gebiet, sei es bei Arbeiten von außergewöhnlicher Art, zahlen.

Poincare kam dann auf die Vorschläge des Abgeordneten Raynaud zu sprechen, die sich auf die Uebertragung eines Teils der deutschen Industrie auf das Ausland beziehen. Als letztes und sicherstes Mittel bleibt für die Zahlung der deutschen Reparationsschulden eine deutsche Auslandsanleihe oder mehrere solcher Anleihen übrig. Bevor eine solche Anleihe jedoch zustande kommt, müsse die deutsche Währung stabilisiert werden. Frankreich jedenfalls kann keine der Waffen aufgeben, die ihm der Versailler Vertrag gegeben habe. Frankreich habe das Recht auf seiner Seite. In Brüssel müsse man alles tun, um Frankreich dieses Recht zu verschaffen.

Vertrauensvotum für Poincare.

TU. Paris, 16. November.

Die Kammersitzung wurde nach der Rede Poincares nach einer Pause wieder aufgenommen. Der sozialistische Abgeordnete Blume führte aus, Poincare habe die Frage der deutschen Verantwortlichkeit untersucht. Was werde von Deutschland zu erwarten sein? Auf diese Frage habe uns Poincare keine Antwort gegeben. Nach Blume nahm Leon Daudet das Wort, um über die allgemeine Politik zu sprechen. Seine Rede gab Anlaß zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Parteien. In einem Augenblick hatte es den Anschein, als ob ein Kommunist sich auf ein Mitglied der Regierung stürzen wollte. Der Präsident ließ die Tribünen räumen und unterbrach die Sitzung. In der wiederaufgenommenen Sitzung stellte Poincare die Forderung, daß die Interpellation auf einen Monat unterbrochen wird und dann die Vertrauensfrage. Die Kammer nahm diese Forderung mit 462 gegen 71 Stimmen an.

Polnisches Allerlei.

SPD. Warschau, 17. November. (Eig. Ber.)

Man verliert über den eigenen Nöten das Ausland, das unter gleichen Schmerzen leidet, etwas aus dem Auge. So ist in Deutschland fast unbemerkt geblieben, daß die Geldentwertung und Teuerung mit allen ihren Folgen, an denen wir gegenwärtig leiden, sich in dem benachbarten Polen, zwar nicht in gleichem Tempo, aber im selben Sinne vollzieht. Dabei ist uns Polen in allem noch ein gutes Stück voraus. Hier hat der Dollar 16 000 schon überschritten, hier sind Post- und Bahntarife weit höher als die unsrigen, hier stehen die Preise, wenigstens für Fabrikate, Kleidung und dergleichen, noch weit über den unsrigen. Schon längst sieht man in Warschau einen Tausendmarkschein als Kleingeld an. Und immer wieder steigt die Teuerung, Monat für Monat um etwa 20 Prozent. Natürlich bringen diese Verhältnisse Lohnstreitigkeiten und Streiks mit sich. Ein gefährlicher Bergarbeiterstreik Anfang November ließ sich noch beilegen. Dafür ist eben ein großer Ausstand der Textilarbeiter, insbesondere des Lodzer Reviers, im Gange. Kleinere und lokale Ausstände sind ein tägliches Ereignis. Wie nötig hätte Polen, seine Politik auf die Heilung von der Wirtschaftskatastrophe zu konzentrieren, statt sie in den Dienst des französischen Chauvinismus zu stellen!

Lieber Herr Stinnes!

„Kinder, es geht doch nicht — sagte Herr Stinnes —, daß man zwei Stunden weniger arbeitet, wenn man einen Weltkrieg verloren hat. Davon möge sich doch das ganze deutsche Volk überzeugen. Nein, es geht nicht! Aber warum geht es, Herr Stinnes, daß trotz eines verlorenen Weltkrieges die Industrie doppelt und dreifach verdient? Warum können Dividenden klettern, Aktien kaninchenhaft jungen, Kurse ins Phantastische steigen — alles trotz eines verlorenen Weltkrieges? Charity begins at home — Mildtätigkeit beginnt zu Hause, sagt der Engländer. Warum, Herr Stinnes, predigen Sie nicht zuerst einmal Ihren industriellen Mitbrüdern, warum nicht sich selber, wozu ein verlorener Weltkrieg verpflichtet?"

Deutschnationaler Firlefanz.

In ihrem blindwütigen Bestreben, alles, was sozialistisch ist, zu mißkreditieren, greifen die Deutschnationalen zu den lächerlichsten Mitteln. In einer Interpellation wird behauptet, daß sich die Verwaltungspraxis in den Ländern Sachsen, Thüringen und Braunschweig immer mehr „gegen die religiöse Freiheit" wende. Der Schutz der kirchlichen Feiertage werde immer mehr abgebaut, Morgenandachten in den Schulen verboten und Lehrern und Schülern die Feier des Bußtages unmöglich gemacht. Dem evangelischen Religionslehrer-Seminar in Leipzig werde es erschwert, durch seine ausgebildeten Kräfte Religionsunterricht zu erteilen. Schließlich beklagt sich die Interpellation darüber, daß die zur Besoldung der Geistlichen nötigen Mittel nicht entsprechend der Geldentwertung erhöht werden. Die Regierung wird gefragt, was sie zum Schutze der Verfassung und zur Wahrung der Reichsinteressen zu tun gedenkt.

Viel Geschrei ....

Die Kommunisten erheben seit einigen Tagen ein sinnloses Geschrei, weil Italien von der deutschen Regierung die Auslieferung der beiden an dem Mailänder Bombenattentat in Deutschland verhafteten Syndikalisten verlangt. Die Kommunisten vergessen, daß die deutsche Regierung ihrerseits die Auslieferung Küchenmeisters wegen Teilnahme am Rathenau-Mord und ebenso die Auslieferung eines gewissen Lörke von Italien betreibt, der dort wegen Teilnahme am Erzberger-Mord verhaftet wurde. Sicherlich haben die Kommunisten, wie wir, gegen die von Deutschland beantragten Auslieferungen nichts einzuwenden. Man muß deshalb annehmen, daß ihr Geschrei aus Unwissenheit geschieht; denn was dem einen Lande recht ist, muß dem andern billig sein.

Streik-Ende in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. November. (Eig. Drahtber.)

In Düsseldorf ist infolge der entschiedenen Stellungnahme d Gewerkschaftsvorstände gegen den Generalstreik wieder Ruhe ei getreten. Gestern abend tagten die Düsseldorfer Gewerkschaft vorstände und beschlossen mit 200 gegen 2 Stimmen die Ablehnu des Generalstreiks. Ein Flugblatt folgenden Inhalts wurde da auf an die Arbeiterschaft verbreitet:

„An die Arbeiterschaft Düsseldorfs und Umgegend!

Die Vorstände der freien Gewerkschaften Düsseldorfs beschloß Donnerstag, den 16. November, abends, in einer von 200 Pe sonen besuchten Versammlung: „Der Generalstreik ist abgeleh Die Arbeit ist sofort in allen Betrieben aufzunehmen." Dies Beschluß wurde mit allen gegen nur zwei Stimmen gefaßt. D mit hat die zuständige und maßgebende Korporation die Entsch dung gefällt. Abstimmungen anderer Korporationen, Betrieb räte usw. sind nicht maßgebend, da diese nicht das Recht zur E klärung und Führung eines Generalstreiks haben. Die Gewe schaftsvorstände werden Maßregelungen vereinbarungsgemäß verhindern suchen. Vorkommendenfalls wenden sich Gemaßregel an ihre Vorstände oder Betriebsräte. Die Geschlossenheit d Düsseldorfer Arbeiterschaft muß dem Unternehmertum imp nieren. Kollegen, zeigt Disziplin und haltet selbstgeschaffe Ordnung!"

Nach Bekanntwerden dieses Beschlusses traten die wilden B triebsräte noch einmal zusammen. Es erfolgte nach mehrere Tendenzberichten eine objektive Berichterstattung. Die Konfere hat sich dann mit dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände geg den Generalstreik abgefunden. Heute früh nahm die Zahl d Ausstandsteilnehmer beträchtlich ab.

Düsseldorf, 17. November.

Die Arbeit ist bereits Donnerstag früh in einer großen A zahl von Betrieben wieder aufgenommen worden. Die Meldunge der bürgerlichen Depeschenbureaus und der Berliner „Rote Fahne" über die Vorkommnisse in Düsseldorf sind maßlos übe trieben. Es haben wohl Zusammenstöße hier und da stattgefu den, auch einige Kohlenwagen sind umgekippt und zwei Schau fensterscheiben eingeworfen worden. Ebenfalls hat die zur Ve stärkung der Polizei herbeigerufene Schupo Elemente unter si die in brutalster Weise gegen unbeteiligte Straßenpassanten m Gummiknüppeln vorgingen. Die Meldungen von vielen Tote und Verwundeten sind aber unwahr. Getötet ist niemand worde Der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratie, ein Schwerkrieg beschädigter, wurde am Montag abend von halbwüchsigen Bursche vor dem Volkshaus als Bonze schwer mißhandelt. Bei der g waltsamen Räumung der verbotenen Kommunistenversammlun in der Turnhalle hat es mehrere Verletzungen bei der Polize und den Versammelten gegeben. Syndikalisten und Kommunisten versuchen, die Bewegung ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Justizdebatte in Bayern.

München, 17. November.

Der Landtag behandelte gestern in später Abendstunde noc die **Interpellation der Sozialdemokratischen Partei** gegen da Urteil des Volksgerichts im Landesverratsprozeß Fechenbach.

Der Interpellant Abg. Sänger (Soz.) führte zahlreich Beispiele an, um zu beweisen, daß die bayrische Justiz einseiti und parteiisch das Recht anwende und daß gegen Hochverrat, Ge waltätigkeiten und Gesetzesverletzungen aller Art, die von poli tisch Rechtsstehenden begangen würden, nicht eingeschritten werde während mit um so größerer Härte Vergehen von Angehörige anderer politischer Richtungen geahndet würden. Geradezu einen Skandal trieben die Zustände im Disziplinargerichtswesen zu Das Urteil im Fechenbach-Prozeß habe den Glauben an die Un parteilichkeit der bayrischen Rechtspflege vollkommen zerstört. Da Weiterbestehen der bayrischen Volksgerichte sei selbst von bayri schen Richtern als Schande bezeichnet worden. Die Aufhebung der Volksgerichte dürfe keinen Tag mehr verschoben werden. Di Sozialdemokraten würden gegen eine solche Justiz im ganze Land Sturm laufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialde mokraten.)

Der Justizminister wird die Interpellation am Freitag vormittag beantworten.

Der Außenhandelskontrollausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Frage der Fakturierung in Auslandswährung bei Ausfuhrgeschäften. In einem einstimmig angenommenen Gutachten wird gesagt, „daß eine behördliche Anordnung des Zwanges zur Fakturierung in Auslandswährung auf die Dauer nicht allgemein durchführbar ist". Solange es aber aus außen- und währungspolitischen Gründen nicht möglich ist, auf einen solchen Zwang zu verzichten, können die Außenhandelsstellen „die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen nach hochvalutarischen Ländern davon abhängig machen, daß die Fakturierung und Bezahlung der Ausfuhr nach Wahl des Exporteurs in der Valuta des Empfangslandes oder einer anderen Hochvaluta erfolgt. Bei der Umrechnung ist der vorgeschriebene Mindestpreis zu erzielen". — Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit einer Eingabe des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, in der die Erteilung eines Gutachtens über Lieferwerkbescheinigungen in der verschärften Form gewünscht wird, und sprach sich mit allen gegen eine Stimme gegen die Einführung von Lieferwerkbescheinigungen in verschärfter Form aus.

Bei der Beratung des Mieterschutzgesetzes im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen bezeichneten die Vertreter der Sozialdemokratie die im § 4 enthaltenen Bestimmungen wegen der Verpflichtung des Vermieters zum Kostenersatz beim Umzug des Mieters infolge der Inanspruchnahme der Räume des Mieters durch den Vermieter als unzulänglich. Die Vorschriften müßten so verschärft werden, daß sie gewissermaßen als Abschreckungsmittel gegenüber dem Wunsch des Vermieters wirken, sich selbst in den Besitz der aufgekündigten Räume zu setzen. Man dürfe nicht nur die reinen Transportkosten in Rechnung stellen, sondern müsse auch beachten, daß die neue Wohnung des Mieters unter Umständen in solch einem Zustande ist, daß große Ausgaben zu ihrer Instandsetzung aufgewendet werden müßten. Ein entsprechender Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Die §§ 4, 5 und 6 wurden in der Regierungsfassung angenommen.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik, Senatspräsident Dr. Hagens, ist von diesem Amte zurückgetreten. Die Ursache soll darin liegen, daß sein Wunsch, eine der Stellung des Reichsgerichtspräsidenten entsprechende Stellung zu erhalten, nicht berücksichtigt worden ist. Als sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident des Staatsgerichtshofs, Senatspräsident Schmidt, der bekannte Vorsitzende in den Kriegsbeschuldigten-Prozessen, genannt, der allerdings politisch weit rechts steht.

Die neuesten Unfallrenten.

Von Friedr. Kleeis.

SAK. Die staatlich organisierte Versicherung gegen Betriebsunfälle hat eine abermalige Ausgestaltung erfahren. Sie betrifft nur die Leistungen, die mit der rapiden Teuerung nicht entfernt mehr in Einklang stehen. Die Verletztenrenten in der Unfallversicherung werden nach zwei Gesichtspunkten bemessen: der Höhe des letzten Jahresarbeitsverdienstes und dem Maße der Erwerbsunfähigkeit. Nach den ursprünglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bleibt der bei der erstmaligen Rentenbewilligung festgestellte Jahresarbeitsverdienst für die ganze Dauer des Rentenbezugs weiter bestehen. Dieses System konnte natürlich in der Nachkriegszeit mit ihrer Geldentwertung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Sonst hätten Verletzte aus der Vorkriegszeit, deren durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst etwa 1500 Mk. und dabei die Vollrente bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit 1000 Mk. betrug, damit jetzt verhungern müssen.

Zur Abstellung dieser Mängel führte man zunächst Teuerungszulagen zu den Renten für Schwerverletzte ein und als sich auch das als ungenügend erwies, setzte man allgemeine Mindestjahresarbeitsverdienste fest, nach denen die Renten, auch die alten aus der Vorkriegszeit, wenn nötig, neu zu berechnen sind. Diese zuerst mit Gesetz vom 28. Dezember 1921 eingeführten Mindestjahresarbeitsverdienste sind bereits durch Gesetz vom 3. Juni 1922 erhöht worden. Soeben sind sie (Reichsgesetzblatt S. 760) mit Rückwirkung vom 1. Oktober an abermals hinaufgesetzt worden. Die ganze in der Neuberechnung liegende Vergünstigung kommt aber nur den Rentenempfängern zugute, die um mindestens dreiunddreißigeindrittel vom Hundert geschädigt sind, also einen entsprechenden Teil der Vollrente erhalten. Man hat nun zwei Gruppen von Rentenempfängern gebildet: solche die von 33⅓ bis 49 v. H., und solche, die um 50 v. H. und mehr geschädigt sind.

Bei Berechnung der Rente für die erstgedachte Gruppe wird, falls sie nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Mindestjahresarbeitsverdienst von 13 500 Mk. zu Grunde gelegt. Ist die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlchen Arbeiters festgesetzt worden, so wird sie nach dem Betrag von 7200 Mk. neu bemessen. Handelt es sich um einen Verletzten, der auf Grund der gewerblichen Unfallversicherung die Rente erhält, so wird ihr das Mindestjahreseinkommen von 22 500 Mk. untergelegt. Die andere Gruppe der Rentenempfänger, nämlich diejenigen, die um 50 v. H. und mehr geschädigt sind, werden günstiger behandelt, und zwar, weil man bei ihnen annimmt, daß sie nicht mehr soviel durch Arbeit dazu verdienen und so einen Ausgleich schaffen können. Ist bei diesen die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden, so wird ihr der Mindestjahresarbeitsverdienst von 30 000 Mk. zu Grunde gelegt. Bei weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitern ist der Beirag auf 18 000 Mk. und bei gewerblichen Verletzten auf 48 000 Mk. festgesetzt worden.

Zur Erläuterung diene folgendes Beispiel. Ein gewerblicher Arbeiter hat vor dem Kriege durch Betriebsunfall ein Bein verloren. Er erzielt zunächst 70 v. H. der Vollrente, die dann wegen Besserung seines Zustandes auf 55 v. H. und dann wegen der „Gewöhnung" auf 45 v. H. der Vollrente herabgesetzt wurde. Die Vollrente muß jetzt mindestens (zwei Drittel von 48 000 Mk.) 32 000 Mk. betragen. Er erhält 45 v. H., also 14 400 Mk. Für den Verlust eines Auges werden bestenfalls 33⅓ v. H., meist nur 25 bis 30 v. H. gewährt. In der Regel haben also die Augenverletzten von der Neuerung keinen Vorteil, ebenso die Fingerverletzten, da ihre Rente nicht an 33⅓ v. H., also der Untergrenze für die Notwendigkeit der Neuberechnung, heranreicht. Nun ist aber noch folgendes zu beachten: Bei Berechnung einer Verletztenrente gelten an Stelle der aufgeführten Sätze als Jahresarbeitsverdienste, solange der Rentenberechtigte noch nicht 16 Jahre alt ist, 60 v. H., solange der Berechtigte über 16, aber noch nicht über 21 Jahre alt ist, 80 v. H. der bezeichneten Sätze. Es kann also hierdurch eine weitere Kürzung der Rente eintreten. Ist die Rente eines Verletzten gemäß den näheren Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nach einem gekürzten Jahresarbeitsverdienst berechnet, weil der Verletzte schon vor dem Unfall dauernd teilweise erwerbsunfähig war, so tritt an die Stege der angegebenen Mindestjahresarbeitsverdienste derjenige Teil dieser, der dem Maße der Erwerbsunfähigkeit vor dem Unfall entspricht.

Die Neuberechnung der Renten sollen die Versicherungsträger, also in der Hauptsache die Berufsgenossenschaften, von Amts wegen, das heißt ohne besonderen Antrag der Rentenempfänger vornehmen. Den letzteren ist ein schriftlicher Bescheid zuzustellen, der zu begründen ist. Gegen die Entscheidung des Versicherungsträgers kann binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch an das Oberversicherungsamt eingelegt werden. Dieses entscheidet endgültig. Die Zulage wird auf volle Mark für den Monat aufgerundet. Sie fällt weg, wenn die Rente ruht oder die Voraussetzungen für ihre Gewährung nicht mehr gegeben sind. Das Reich gewährt den Versicherungsträgern Darlehen zur Deckung der zu leistenden Zahlungen. Die Berechnung der Renten geht bei den Berufsgenossenschaften nur langsam vorwärts. Es sind zum guten Teile bis jetzt noch nicht alle die Zulagen gezahlt, die auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1922 zu gewähren sind. Es sollten auch Maßnahmen getroffen werden, daß die Hilfsaktion beschleunigt wird und die Rentner nicht solange warten müssen.

Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland.

Moskau, 11. November.

Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland nimmt weiter zu. In Moskau hatte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Oktober dieses Jahres 45 000 überstiegen, gegen 34 000 zu Beginn des Vormonates, und in den Zeitungen wurde aus diesem Grunde vor der Zureise auch nach Petersburg gewarnt. In den Städten in der Ukraine wurden 100 000 Arbeitslose gezählt, darunter in Charko und Odessa allein 28 500. In der südrussischen Schwerindustrie war der Prozentsatz der Arbeitslosen infolge Stillegung von weiteren Werken auf 11 Prozent gestiegen und die dauernde Kürzung des Eisenbahnpersonals hat die Zahl der arbeitslosen Transportarbeiter nach offiziöser Schätzung auf 50 000 gebracht. In der Ukraine wird die Lage noch durch den Zustrom von Arbeitsuchenden aus den Hungergebieten in die Städte verschärft. Die Arbeitslosenfürsorge ist infolge der Schwäche des erst im Aufbau befindlichen Versicherungsapparates und infolge Mangels an Krediten ganz unzureichend und die von der Regierung täglich für die Arbeitslosen zur Verfügung gestellten 50 000 Lebensmittelrationen dürften nur in den Hauptstädten zur Verteilung gelangen.

Der Sieg des Faszismus.

Abschaffung des Achtstundentages in Italien.

Rom, 16. November.

Der Grundsatz des Achtstunden-Arbeitstages wird für alle Arbeiterkategorien einschließlich der Eisenbahner abgeschafft.

Die Aufhebung des Achtstundentages ist die erste einschneidende Regierungsmaßnahme des Kabinetts Mussolini. Sie zeigt, was die Arbeiterklasse zu erwarten hat, wenn die Gesinnungsfreunde der italienischen Faszisten, die ebenso wie diese Soldknechte des Kapitals sind, die Macht erringen.

Englische Arbeiterpartei und Kriegsgefahr.

In die Rolle, die bürgerliche Politiker Englands der Haltung der englischen Arbeiterpartei im Hinblick auf einen Krieg in Vorderasien beimessen, gibt ein Brief einen interessanten Einblick, den Lord Loreburn kürzlich an den durch seine mutige Bekämpfung der Kriegsschuldlüge bekannten Politiker E. D. Morel gesandt hat, und den dieser in dem neuesten Heft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Foreign Affairs" abgedruckt. Lord Loreburn war Lordkanzler in der liberalen Regierung des Jahres 1906. Vorher nahm er die hohe Stellung eines Reichsstaatsanwalts und Reichskronanwalts ein. Der Brief lautet:

„Die schwierige Lage, in der wir uns kürzlich am Bosporus und an den Dardanellen befanden, wird, wie ich glaube, der Oeffentlichkeit die Gefahr vor Augen geführt haben, der wir uns aussetzen, wenn wir unsere Politik und unsere Ziele weiterhin geheim halten. Es wird keine Hilfe von den Leuten kommen, die sich noch liberale Führer nennen. Sie begannen dieses Geheimsystem, ohne das der Krieg von 1914 niemals gekommen wäre. Wenn die Wähler unklug genug sind, ihnen zu geben, was sie wünschen, nämlich die Macht, wiederum unsere Angelegenheiten zu führen, können wir innerhalb weniger Stunden erneut in den Krieg getrieben werden.

Nichts kann ermutigender sein, als die entschlossene Haltung, die die Wortführer der Arbeiter eingenommen haben. Man lasse die Wähler die gleiche Haltung einnehmen und sich weigern, weitere Kriege zu dulden, die durch die Dummheit unserer Herrschenden entstehen, und wir werden unseren Platz einnehmen als Führer des neuen Kreuzzuges gegen den verruchten und wahnsinnigen Krieg. Die Versicherung, daß die Arbeitervertreter nicht fähig wären, ein Ministerium zu bilden, ist ganz einfach unsinnig. Ramsay Macdonald, Snowden und Morel würden die Geschäfte mit mehr Entschlossenheit und gesundem Menschenverstand führen als unsere augenblicklichen Minister. Ich stimme mit einigen ihrer Auffassungen nicht überein, vor allen Dingen mit ihren Ansichten über die Verstaatlichung nicht. Aber die gegenwärtige Gefahr steht über dieser Politik. Wenn wir es zulassen, daß unsere Außenpolitik in Zukunft so verfahren wird, wie zuvor, dann wird bald recht wenig mehr zu verstaatlichen sein. **Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die feste Haltung, die die Arbeiterpartei einnahm, uns vor einem zerstörenden und endlosen Krieg bewahrt hat.** . . . Meine Gesundheit läßt es nicht zu, den Anteil an den schwierigen Aufgaben des Parlaments zu nehmen, den ich mir wünschte. Aber wie unzulänglich meine Kräfte auch sind, ich kann mich nicht enthalten, ein nüchternes Bild der Folgen zu geben, die aus der Fortsetzung unserer gegenwärtigen Regierungsweise entspringen."

„Ungeheuerlich und beschämend".

In einem Spritschieberprozeß, der in Köln verhandelt wurde, haben sich die Verteidiger, die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Schreiber (Köln), Kleefisch (Köln), Dr. Alsberg (Berlin) und Dr. Peschke (Berlin) an die Interalliierte Rheinlandkommission gewandt, die entscheiden soll, ob nicht auf Grund einer „Ordonnanz" dieser Besatzungsbehörde die unter Anklage stehenden Delikte der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen werden können. Hierzu schreibt die „Frankf. Ztg.":

„Als ungeheuerlich und beschämend müßte es jeder Deutsche und gar jeder deutsche Jurist empfinden, daß diese Anwälte von einem deutschen Gerichtshofe an eine fremdländische Verwaltungsbehörde appellieren. Konnten sie ihre Auffassung bei der Kölner Strafkammer nicht durchsetzen, so blieb ihnen der Weg an die höhere Instanz der deutschen Gerichtsbarkeit. Daß sie aber in dem unter der Herrschaft fremder Bajonette stehenden Rheinlande die Ententebehörde gegen die Rechtsprechung des eigenen Vaterlandes zu Hilfe rufen, das ist ein öffentlicher Skandal, der Ehre und Ansehen der ganzen Anwaltschaft in Mitleidenschaft zieht. Die zuständigen Standesvertretungen in Köln und Berlin werden sich ja wohl mit der Frage beschäftigen, wie weit ein Anwalt die deutsche Gerichtshoheit dem Schutze seiner Klienten opfern darf. Die Oeffentlichkeit in Deutschland aber und besonders am Rhein wird sich die Namen der vier Anwälte merken, die hier die Wege des Josef Smeets gewandelt sind. Die Herren verwahren sich zwar in einem Schreiben an uns, in dem sie ihr Vorgehen zu rechtfertigen versuchen, gegen einen Vergleich mit Smeets. Aber sie werden unseren Juristen oder Laien den Unterschied schwer begreiflich machen können."

Das Urteil der „Frankfurter Zeitung" ist zweifellos durchaus zutreffend. Es gewinnt noch besonderes Interesse durch die Tatsache, daß unter den vier Anwälten sich auch — Dr. Alsberg aus Berlin befindet, der Verteidiger Helfferichs!

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		17. November.	16. November.
Amsterdam	1 fl.	2596.50	2972.55
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	426.93	463.83
Kristiania	1 Kr.	1216.95	1381.50
Kopenhagen	1 Kr.	1326.70	1521.18
Stockholm	1 Kr.	1765.60	1995.—
Helsingfors	1 finn. Mk.	164.58	186.53
Rom	1 Lire	311.71	344.13
London	1 £	29326.50	33815.25
New York	1 Doll.	6608.43	7506.18
Paris	1 Frs.	461.34	488.75
Zürich	1 Frs.	1226.92	1376.55
Madrid	1 Peseta	1012.46	1147.12
Wien	100 Kr.	9.77	9.77
Prag	1 Kr.	209.47	235.65
Budapest	100 Kr.	—.—	—.—

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Anndortjen war total verblüfft. Wie war das so schnell gekommen? Sie hatte garnicht so schnell sich besinnen können.

„Ja, ich weiß nicht," redete sie, „man muß die Sache doch erst beschnacken und beschlafen. So etwas schiebt man doch nicht in den Backofen. Wenn Tine es nun nicht recht macht, oder sie wird krank oder ihr passiert was? — Es passiert doch so schrecklich viel in der Welt."

Jak reckte seine große, breitschultrige Gestalt.

„Dafür bin ich da!" Wie er so dastand, sah er wohl aus, als könnte ihm niemand etwas anhaben, als wäre er zum Schutz und Schirm berufen. Er reichte den Frauen die Hand. „Adjüs, Frau Nachbarn. Also, Tine, am 1. März holt einer von uns dich mit deiner Lade ab; entweder Jan oder ich. Adjüs, Tine."

Er preßte ihre Hand. Noch einmal tauchte sein Blick in den ihrigen; dann ging er.

„Wie konntest du man bloß so schnell zusagen?" schalt Anndortjen ihre Tochter. „Ich begreife dich nicht. Ich habe immer gesagt, du bist eine schnaksche Deern. Wie konntest du ihm bloß das Dienstbuch geben!"

„Ich mußte ja," sate Tine leise, und für sich fügte sie hinzu: „Er hat mich behext!"

„Ja, muß ist 'ne harte Nuß!" seufzte Anndortjen. Ihre und ihrer Tochter Gedanken gingen weit auseinander.

— — — — — — — — — — — — — — —

Tine hate ihren Dienst angetreten. Still und scheu verrichtete sie ihre Arbeit.

Mamsell hatte sie bei ihrem Kommen mit mißtrauischen Blicken gemustert.

„So eine hättest du auch nicht mieten sollen," äußerte sie später in ihrer grollenden Weise zu Jak. „So eine mit solchen plumpschen, schwarzen Augen!"

Jak lachte hell auf. „Auf die Augen kommt es doch nicht an."

Tine ging unverdrossen ihrer Arbeit nach. Es gab viel zu tun auf dem großen Hofe. Wiebke Themann hatte wohl die Milchwirtschaft in guter Ordnung gehalten, Putzen und Staubwischen dagegen war ihre schwache Seite gewesen. So fand Tine ein reiches Arbeitsfeld, und die Langeweile kam bei ihr gar nicht auf.

Mit Jan stand sie gleich nach ihrem Antritt auf freundschaftlichem Fuße. An seine Person knüpften sich die freundschaftlichsten Erinnerungen ihrer Kindheit. Sie faßte sogleich zu seiner treuherzigen Art Vertrauen, und er bezeigte ihr ein brüderliches Wohlwollen.

Die Furcht, welche sie anfangs Mamsell gegenüber hegte, schwand allmählich. Die Alte verließ selten ihren Platz hinter dem Ofen, wo sie mit der Feuerkieke unter den Füßen saß und rauhe, unregelmäßige Wolle spann und haspelte, aus der sie unförmliche schwarze Strümpfe strickte. Selten kroch sie einmal, bis über die Ohren vermummt, im Hause herum und steckte ihren Kopf in die Küchentür.

Aus den verdrießlichen, scheltenden Reden der Alten machte sich Tine nicht viel, dergleichen war sie von ihrer Mutter her gewohnt. Nur das Unheimliche, Finstere in Mamsells Wesen war es, was das Mädchen oft erschreckte.

Wollte Trienlieschen aber mal in ihrer alten Weise auf sie losfahren, dann nahmen Jak und Jan sie in Schutz.

„Aber Tante!" mahnte Jan.

„Halts Maul!" rief Jak.

Dann zog sich die Alte knurrend in ihre Ecke zurück. „Gegen dreie kann ein einzelner Mensch nicht aufkommen."

Am scheuesten war Tine Jak gegenüber. Er merkte es wohl, wie sie ihm aus dem Wege ging, wie sie ihn furchtsam verstohlen beobachtete, und es ärgerte ihn.

„Ich beiße dich nicht," sagte er einmal barsch, als sie bei seinem Eintreten in die Küche unwillkürlich zusammenfuhr.

Tine lachte gezwungen und nahm sich seitdem etwas mehr zusammen.

Im Dorfe reckte mancher den Hals nach der schmucken Deern, wenn sie in der hier gebräuchlichen Dienstbotentracht, dem gestreiften Rock und der kurzärmeligen schwarzen Samtjaille, durch die Straße schritt. Sie aber blieb allen gegenüber scheu und zurückhaltend.

Jan war neugierig darauf, was Frauke zu dem neuen Dienstmädchen sagen würde.

Frauke kam eines Nachmittags selbst, um die Butter zu holen. Auf der Diele traf sie Tine, und sie war betroffen über die leuchtende Schönheit des Mädchens. . . . .

Jan hätte gar zu gerne gewußt, was Tine von seiner angebeteten Frauke halte. Als das junge Mädchen gegangen war, sagte er zu Tine gewandt: „Das war dem Kantor seine Tochter, magst du sie leiden"

„Ja, sie ist ein feines Fräulein; ja, die ist fein!" Und Tine seufzte leise und unbewußt. Sie fühlte, daß des Kantors Tochter etwas besaß, was ihr fehlte, sie wußte ihm nur nicht den rechten Namen zu geben.

Jan aber dachte bei sich: „Meine Frauke hat auch ein feines, gutes Herz und ein feines, kluges Köpfchen!" . . .

„Was sagst du zu unserer neuen Deern!" fragte er Frauke, als er das nächste Mal zu Kantors kam.

„Sie ist hübsch," sagte Frauke. „Nein, sie ist schön", verbesserte sie sich.

„So?" meinte Jan. Ihm war Tines Schönheit nie aufgefallen. Er meinte nur, sie sähe noch immer so aus wie früher.

„Ja," fuhr Frauke sinnend fort, „und ich glaube, sie ist auch gut und klug."

„Ja, gut von Natur ist sie," bestätigte Jan. „Sie kann keinem Vogel etwas zu leide tun! aber klug? Nein, klug ist sie nicht. Sie ist man wenig in die Schule gegangen. Den Sommer über wurde sie immer als Sommerdeern vermietet, und im Winter war manchmal nicht durch den Schnee hindurchzukommen. Ja, wenn sie solche Schule gehabt hätte, wie ich ," fügte er mit freudigem Stolze hinzu.

Von Niels hatte Tine Abschied genommen, als sie nach ihrem Antritt einmal Sonntags zu ihrer Mutter gegangen war. Er war jetzt in Dithmarschen, und Tine erhielt selten Nachricht von ihm.

„Erstens wollen wir die Post, die schon Geld genug hat, nicht reich machen," hatte Niels erklärt, „und zweitens fällt einem Menschen, der nicht studiert hat, das Briefschreiben gräßlich sauer. Wenn du mal was an mir zu bestellen hast, dann sag es nur Ode Schane, die bestellt es Drees Buhmann, und der gibt es dem Dithmarscher Fuhrmann mit. So geht es wenigstens sicher und kostet nichts weiter als „Danke schön."

Tine hatte auf diesem Umwege schon ein paarmal von Niels gehört, daß es ihm „gräßlich" gut gehe, und sie ließ zurückbestellen, daß es ihr auch gut gehe. Dabei blieb es vorläufig. . . .

Mit Jak unbefangen zu verkehren, gelang Tine nur halb. Seine Nähe wirkte lähmend und doch wieder aufregend auf sie. Obgleich sie sich zu beherrschen suchte, zitterten doch ihre Hände, sobald er in ihrer Nähe war.

Einmal, als sie im Garten Kartoffeln pflanzte, stand er, als sie sich aufrichtete, plötzlich wie aus der Erde gewachsen vor ihr.

Ein gellender Schrei entfuhr ihrem Munde; sie war leichenblaß geworden.

„Döfige Deern!" sagte er geringschätzig, drehte sich um und ging ins Haus, ohne sich noch einmal nach ihr umzusehen.

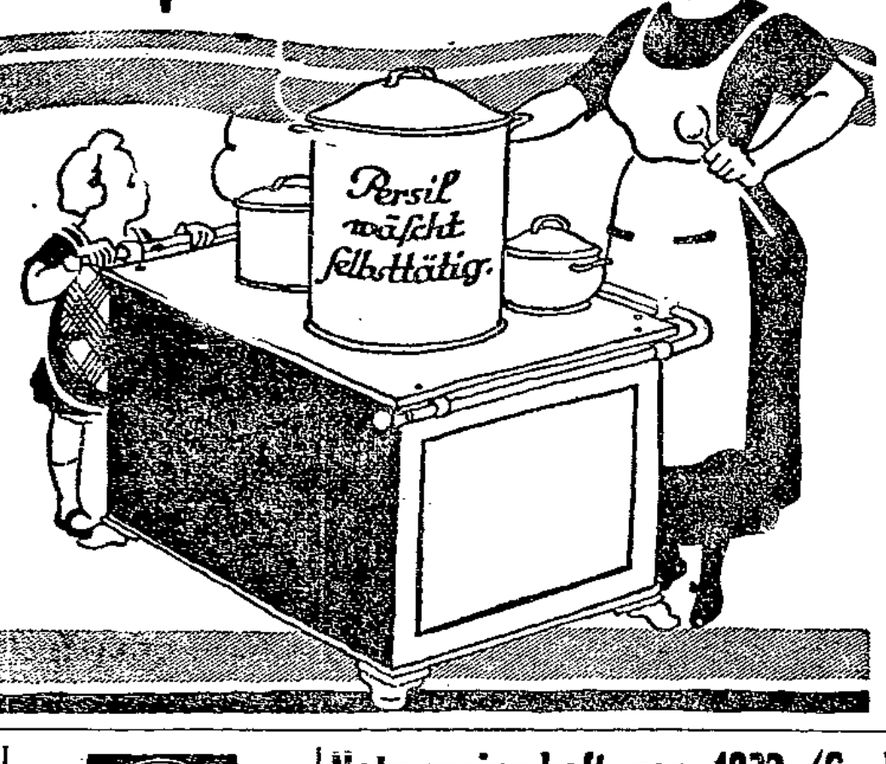
Von dieser Zeit an behandelte er das Mädchen mit kalter Verachtung und Tine litt entsetzlich darunter.

Sein Blick glitt eiskalt über sie hinweg; er richtete nur gezwungen das Wort an sie, und sprach er mit ihr, dann klang seine Tonart hart und befehlerisch.

Gern hätte Tine ihn um Verzeihung gebeten, aber sie wußte nicht, wie sie es anstellen sollte. Sie schalt sich selbst wegen ihrer unmotivierten Schreckhaftigkeit. Sie maß sich alle Schuld bei, sie preßte die Hand auf ihr klopfendes Herz und ließ sich von Furcht und Reue hin und her treiben.

Fortsetzung folgt.

Nutze dein Herdfeuer!



Gulasch, *richtig zubereitet,*
Stets zu Appetit verleitet.
Wichtig ist bei diesem Essen,
Das Gewürz nicht zu vergessen!
Denke ebenfalls daran,
Wie man praktisch waschen) kann!*

**) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.* B

Weißkohlverkauf in Schlutup.

Verkaufe auf Güterbahnhof **Schlutup** aus Waggon

Montag, den 19., ab 9 Uhr morgens

prima festen **Weißkohl** Ztr. **1100** M.

in größeren Mengen billiger. (9574

Fernsprecher 8414.

Wer es noch nicht weiß,

der überzeuge sich selbst, daß meine Preise für

Gold-, Silber-, Platin- Sachen, Bruch,

Gebisse, gold. Uhren, Brillanten

von keiner anderen Ankaufstelle überboten sind. (9538

D. Taschimowitz,

Glockenstraße 13 Flureingang.

Bitte auf Firma u. Hausnummer achten!

Meine Spezialität

Verlobungsringe

333, 585, 750 u. 900 fest

Moderne Formen.

Alle Weiten.

Westfehling

Uhrmacher und Juwelier

32 Hüxstenstraße **32**

9519

Notgemeinschaft von 1922 (G. V.)

Öffentliche Bezirksversammlungen:

Bezirk Mühlentor, Montag, den 20. Novbr., Weißer Engel.
Bezirk Hüxtertor, Montag, den 20. Novbr., Restaurant Hoffnung.
Bezirk Marli, Montag, den 20. November, Gesellschaftshaus Marli.
Bezirk Holstentor-Süd, Montag, d. 20. Nov., Restaurant Margaretenburg.
Bezirk Mühlentor, Dienstag, d. 21. Novbr., Restaurant Rieckhoff, Geniner Str.
Bezirk Burgtor, Dienstag, den 21. Novbr., Restaurant Pockenhof.
Bezirk Holstentor-Nord, Dienstag, d. 21. Nov., Restaurant Friedrichshof.

Alle Versammlungen beginnen um 7½ Uhr.

Tagesordnung:

1. **Das gemeinnützige Bestattungswesen.**
2. Freie Aussprache.
3. **Bildung von Bezirken der Notgemeinschaft.**

Zahlreicher Besuch erwünscht. (9573

Der Vorstand u. Kontrollausschuß.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (9588

Ortsverwaltung Lübeck

Versammlung

der

Lastadiearbeiter

am Montag, 20. Novbr. abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Die Ortsverwaltung.

Maistinger Baum.

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen

unter Mitwirkung **Hbg. Humoristen** sowie des bekannten **Liedersängers Adolf Friedrichs** nebst Frl. **Elita Dainess, Fantasie- u. Akrobaten-Tänzerin.** Moderne Tänze. Künstlerkapelle. Kapellmeister **Studt** (Weil es so schön war!) Prima Kaffee und Kuchen. Angenehmer Familienaufenthalt. Für Nichttänzer freier Eintr. 9594) **Rud. Jäde.**

Mittwoch, d. 22 11. 22 (Bußtag) Anf. 3½ Uhr:

Gr. Konzert mit Künstler-Vorträgen.

Bedeutend erhöhte Preise

für **Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Akten** z. Einst., **Flaschen, Felle und Haare.**

Ueberbiete jede Konkurrenz.

Fr. Frömann, Glockengießerstr. 61. Fernsprecher 2751 (9540

Telephon 8758 **H. Zölck** Telephon 8758

34 Langer Lohberg 34

Ueberbiete jede Konkurrenz, zahle täglich erhöhte Preise für **Lumpen, Altpapier, Eisen und Metalle,** besonders hohe Preise für neue **Tuch- und neue weiße Abfälle.** (9524

Patent-Matratzen, Auflege-Matratzen od. Maß in kürz. Zeit **Gebr. Heftl, Lübeck,** Untertr. 111/112 (9514

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 9572

Verwaltungsstelle Lübeck

Urteilsgemeinschaft.

Der Stundenlohn vom 16.—30. Novbr. beträgt:
für Gesellen über 24 Jahre . . Mk. 200.—
vom 2. Gesellenjahr bis zum 24. Lebensjahr Mk. 185.—
im 1. Gesellenjahr Mk. 150.—

Die Ortsverwaltung

Konzerthaus Lübeck.

Morgen

Großer Ball.

Beginn 6 Uhr. 9577

Erster Fischerbuden. 9622

Jeden Sonntag:

Konzert mit Tanzeinlagen

Stehe

als jede andere Ankaufstelle

zahlt

für Gold, Silber, Platin-Sachen und Bruch, Uhren, Gebisse, Münzen

Westfehling

Holstenstraße 32.

Eigene Schmelze, daher (9520 beste Verwertung.

Katzen, Kanin, Ziegen- u. alle andern Felle, Federn, Schlachtweiß-Haare

kauft zu höchsten Preisen

J. C. Würzburg

Wahmstr. 22a.

Die höchsten Tagespreise für

Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei (9525

Selig L. Cohn,

Wahmstraße 62. Telephon 2158.

Kanin Katzen Hasen Iltis Marder

Fuchs Maulwurfsfelle

kauft zu höchsten Preisen für eigenen Bedarf (9526

Hermann Boy, Pelz-Spezial-Geschäft, **Sandstr. 21** gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Achtung!

Poliere u. Schachtmeister (9561

Versammlung

am Sonntag, 19 Nov. morgens 10 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Unser Tarifentwurf.

Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung 9547

am Montag, 20. Novbr. abends 8 Uhr

bei Lender, Hundestr.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Bezirkslohnverhandlungen.
2. Notgemeinschaft 1922 zu Lübeck.
3. Bericht vom Ortsausschuß.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung

Morgen

Telephoner-Ball

Kolosseum

Kapellmeister BUX

„Weil es so schön war!"

Anfang 6 Uhr. (9558) Eng e???

Café „Vaterland"

Täglich Konzert

der (9523

Hamburger Künstler-Vereinigung.

Direktion: Adolf Martens

Lindenhof

Israelsdorf.

Morgen Sonntag:

Vornehme Ballmusik.

Anfang **4** Uhr nachm.

Zu den Veranden freier Zutritt.

Tel. 1910. (9521

Victor Klempau.

Aufsehenerregende Erfindung. Die neue

Heilweise im eigenen Heim. | Patentamt geprüft unter Nr. 73454 77 Wr. | Schreiben bei Krankheiten d. Harnes, Galle, Gebärm., Haut, Ekzem, Hämorr., Lungen, Magen, Herzen, Nieren etc. etc.

9559)

Bruchleidende,

Doktor Müllers „Probata" ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen hält den schwersten Bruch ohne lästigen Druck von unten nach oben zurück. — Tag und Nacht tragbar. Sehr viele vollständige Heilungen. **Kostenlose Auskunft in Lübeck am Montag, 20. November im Hotel zum Anker v. 10—3 Uhr nachm.**

Dankschreiben R. A. Ohrdruf 10.5.22 Wesen. Magdl. geh. Ut. — Dr. G. Godesberg 27.5.22: Bruch höchst. Lob. — Arzt K. st. Mährchweiner 28.9.22 Lungenfurunk. erstaunl. Erfolg. — Dr. R. H. Markneukirchen 14.3.22 Lupus guter Erfolg. — A. S. Dortmund 11.4.22 schw. Herzl. wunderbar. Erf. — F. H. Hersbruck 10.5.22 Kropf bedeut. zurückgeg. Gallenstein leiden innerh. 24 Stund. gehellt.

Doktor Müller & Co. G. m. b. H. Mannheim

Metallbetten.

Stahlmatr., Kinderbett.) dir. a. Priv., Kat. 43 U frei, 9515) Eisenbettfabrik Arnstadt (Thür.

Beste Preise

für

Gold, Silber, Platin, Doublé

Bruch und Gegenstände)

Brillanten

zahlt (9581

Goldschmied

Carl Michaelsen,

Mühlenstraße 3, (vom Rinderdeich).

Einladung zum (9545

Verkegeln und Ausspielen von Karpfen, Geflügel usw.

am Sonnabend, 18. Nov., ab 5 Uhr nachm., Sonntag, 19. Nov., ab 11 Uhr vorm., und Montag, 20. Nov., ab 9 Uhr vorm.

F. Rieckhoff, Geniner Str. 54.

Bitte aufschneiden!

Oetker's Rezepte

gelingen immer! **Man versuche:**

Vanille-Gebäck.

Zutaten: 125 g Butter, 100 g Zucker, 1 Päckchen **Dr. Oetker's** Vanillin-Zucker, ½ Päckchen **Dr. Oetker's** Backpulver „Backin", 250 g Mehl, 1 Ei.

Zubereitung: Butter, Zucker, Vanillin-Zucker und Ei verrühre gut miteinander; dann füge das mit dem „Backin" gemischte und gesiebte Mehl hinzu, verarbeite alles gut miteinander und forme von dem Teig eine große Rolle. Diese stelle einige Stunden kalt, schneide sie in Scheiben und backe sie schnell im heißen Ofen.

Rezept Nr. 8.

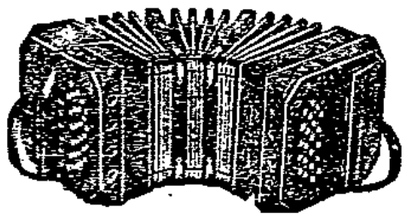
Für unsere Kinder: 9541

Märchen-Erzählungen

von Genossin **Marie Schipfmann-Berlin am Montag, dem 20. November, nachm. 4 Uhr** in der **Aula des Johanneums.**

Eintrittspreis 3 Mark. Erwachsene 10 Mark.

Bildungsausschuß des Soz. Vereins.



Konzertina-Klub „Lübeck"

Sonntag, den 19. November

17. Stiftungsfest

im Gewerkschaftshaus.

Damen 20 M inkl. Steuer, Herren 25 M. inkl. Steuer.

Anfang 6 Uhr. (9550

Café Astoria

Holstenstraße 26 9527

Täglich Künstler-Konzerte

Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Lübecker St. Morgen Sonntag **Tanzkränzchen.** Eintritt u. Tanz frei. 9528

Adlershorst Morgen Sonntag: **Gr. Ball.** 9521

Hansa-Theater.

Heute, Sonnabend 7½ Uhr:

Die Bajadere.

Titelrolle **Lissy Niemz,** ind. Prinz **Ludw. Ziegler**

Sonntag 7½ Uhr: Zum letzten Male!

„Grigri" 9608

mit **Reinhold Wolf** als Negerkönig.

Montag 7½ Uhr: Zum letzten Male:

„Fledermaus".

Außerdem nachm. 4 Uhr 9535

Stadttheater Lübeck

Sonnab. 7 Uhr: **Julius Cäsar** (außer Abonn.) Schüler erhalten halbe Preise. (9555

Sonntag 2.30, 3. Fremden-Vorst.: **Der Musikant,** hierauf: **Puppenfee.**

7 Uhr: **Gasparone.**

10.30: **Nachtvorstellung: Josefslegende.**

Montag 7.30: **8 Volksk. Konzert.**

Dienstag 7.00: **Lokalbahn.** Hierauf: **Die Puppenfee.** Außer Ab. Schüler erhalten halbe Preise.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Sonnabend, 18. November 1922. Nummer 271.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 18. November.

Bürgerschaftsvorlagen.

Abgabe für das Feuerlöschwesen und die Straßenreinigung. Zwecks Erschließung weiterer Einnahmequellen hat die Finanzbehörde die Erhebung einer Abgabe zur Deckung der Kosten für das Feuerlöschwesen und die Straßenreinigung beantragt. Der Senat ist unter den obwaltenden Verhältnissen bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt demnach die Gesetzentwürfe betreffend die Erhebung eines Beitrages zu den Kosten des Feuerlöschwesens und der Straßenreinigung, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Die Finanzbehörde führt dazu folgendes aus: Die Grundsteuer ist seinerzeit eingeführt, um daraus die Kosten der Straßenreinigung, der Straßenbeleuchtung und des Feuerlöschwesens zu decken. Diese Ausgaben machten vor dem Kriege etwa zwei Drittel des Steuerertrages aus. Der Ertrag der Grundsteuer war 1914 veranschlagt auf rund 995 000 M. Es betrugen die Ausgaben: für das Feuerlöschwesen rund 300 000 M, für die Straßenreinigung rund 205 000 M und für die Straßenbeleuchtung 150 000 Mark, zusammen 655 000 M. Die Grundsteuer ist inzwischen nur unwesentlich erhöht worden. Sie ist in keiner Weise der Geldentwertung gefolgt. Der Ertrag ist nach dem Haushaltsplan für 1922 bei einem Steuersatze von 5,25 pro Mille des gemeinen Wertes der Grundstücke geschätzt auf rund 3 500 000 M. Dagegen sind die Ausgaben für das Feuerlöschwesen, die Straßenreinigung und -Beleuchtung ganz bedeutend gestiegen. Sie betragen nach einer überschläglichen Berechnung unter Zugrundelegung der zurzeit gültigen Gehaltssätze bei dem Feuerlöschwesen unter Berücksichtigung der Erstattungen des Reiches auf die Gehalte rund 21 000 000 M, bei der Straßenreinigung ebenfalls 21 000 000 M, bei der Straßenbeleuchtung 11 000 000 M. Diese Summen werden sich durch fortschreitende Teuerung und durch Gehaltserhöhungen noch wesentlich steigern. Die Finanzbehörde steht auf dem Standpunkt, daß mindestens die Kosten für das Feuerlöschwesen und die Straßenreinigung auch fernerhin durch die Grundsteuer bezw. durch Zuschläge zur Grundsteuer völlig gedeckt werden müssen. Die Zuschläge müssen beweglich gemacht werden, um den Ausgabeerhöhungen zu folgen. Die in einem Jahre erforderlichen Beträge müssen zu Beginn des Rechnungsjahres geschätzt und zugleich mit der Grundsteuer als Zuschläge dazu erhoben werden. Ergibt sich am Schlusse des Rechnungsjahres, daß die Zuschläge zur Deckung obiger Ausgaben nicht ausgereicht haben, sind die Fehlbeträge im folgenden Rechnungsjahre durch Erhöhung der Zuschläge nachzuerheben. Da die Grundsteuer vom Finanzamt erhoben wird, werden auch die Zuschläge vom Finanzamt erhoben werden müssen.

Die Feuerlösch- und Straßenreinigungsabgabe soll vom 1. Oktober 1922 ab als Zuschlag zur Grundsteuer durch das Finanzamt erhoben werden. Für das Halbjahr vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 betragen sie je die Hälfte eines nach 30 v. T. des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke sich ergebenden Jahresbetrages. Vom 1. April 1923 ab wird die Abgabe alljährlich von der Finanzbehörde nach Maßgabe der voraussichtlich entstehenden Ausgaben festgesetzt. Ergibt sich in einem Jahre ein Fehlbetrag, so ist dieser im nächsten Jahre mit zu erheben.

Ortsausschuß des ADGB.

In der am 15. d. M. stattgefundenen gemeinsamen Versammlung des ADGB. und der Afa stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: Das Arbeitsnachweisgesetz. Genosse Dreger schilderte in großen Umrissen den Inhalt des Gesetzes und die Veränderungen, die sich aus dem Arbeitsnachweisgesetz für die Arbeitnehmer ergeben. Durch die Selbstverwaltung, die das Arbeitsnachweisgesetz vorsieht, erwachsen den Gewerkschaften große Aufgaben und nur ein großes Vertrauensein mit den Bestimmungen bietet den Gewerkschaften Gewähr dafür, daß die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt werden. Der Redner schilderte dann die bisherigen Verhandlungen über das Arbeitsnachweisgesetz, die im Arbeitsamt stattgefunden hätten und in denen der örtliche Aufbau, der auf Grund des Gesetzes notwendig sei, besprochen worden ist. Da Lübeck einem größeren Bezirk eingegliedert wird, müßte versucht werden, einzelne Instanzen hier am Orte zu schaffen. Diese müssen Sicherheiten bieten, daß die Arbeitsvermittlung hier in Lübeck weiter wie bisher von den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes abhängig gemacht wird. Die Vorstände des ADGB. und des Afa-Bundes billigten den Standpunkt ihrer Vertreter, der dahin geht, daß das hiesige Wohlfahrtsamt die Stelle einer notwendigen Zwischeninstanz, die auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes geschaffen werden muß, einnimmt. Weiterhin billigte die Versammlung den Standpunkt ihrer Vertreter bei den Vorbesprechungen, der eine Anlehnung bezüglich des Landesamtes für Arbeitsvermittlung an Mecklenburg vorsieht. Der Vorstand des ADGB. wurde beauftragt, die nötigen vorbereitenden Schritte für die Schaffung der Selbstverwaltungskörper bei den zuständigen Stellen einzuleiten.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Deutsche Notgemeinschaft. Die Vorständekonferenz lehnte einmütig das Ansinnen zum Besten der Deutschen Notgemeinschaft, eine Ueberstunde pro Woche oder einen festen Betrag des Einkommens zu leisten, ab. Die Konferenz ließ sich hierbei von dem Gesichtspunkt leiten, daß die beste Hilfe, die man den notleidenden Bevölkerungsschichten, zu der sämtliche Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte und untere Beamte zu rechnen sind, gewähren kann, darin besteht, daß alle berufenen Instanzen zunächst einmal dahin wirken, daß die Kreise, die Produkte unseres Landes produzieren, diese nicht zu so unverschämten Preisen abgeben, wie es heute geschieht. Trotzdem erklärte die Konferenz, daß die Lübecker Arbeitnehmerschaft, wie stets, so auch in diesem Fall bereit ist, Hilfe nach bestem Vermögen zu leisten. Bei dem dritten Punkt der Tagesordnung, Eingänge, gab zu längeren Ausführungen Veranlassung eine Eingabe des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Ortsverein Lübeck, der sich an den ADGB. und Afa-Bund wendet, ihn im Kampfe gegen Bestrebungen, die achtstündige Arbeitszeit bei der Feuerwehr zu beseitigen, zu unterstützen. Das Ergebnis der Aussprache ergab Einmütigkeit darin, daß die Stellungnahme der Spitzenorganisation am Orte durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und des Bundesvorstandes gegeben seien. Sodann richtete die Konferenz an alle Arbeitnehmer Lübecks noch die Bitte, die Produktive Arbeitsfürsorge in einem größeren Umfange zu unterstützen. Ferner wurde zum Besuch der Kasterstube des ADGB. aufgefordert. A. D.

Freier Brotwucher!

Was ist von der Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel noch erhalten geblieben? Beinahe nichts mehr! Ein Gebiet nach dem andern wurde „freigegeben" — und immer versprach der Handel uns davon eine „Verbilligung der Lebensmittel". Doch immer erlebten wir's, daß nach Beseitigung der bisherigen Schranken eine schamlose Bewucherung der Konsumenten einsetzte. Das Brot ist infolge der andauernden Preissteigerungen schon heute fast unerschwinglich teuer und ist mit dem heutigen Tage wieder um 17 resp. 22 Mk. gestiegen. Aber welchen Preis müßten wir wohl zahlen, wenn man auch das Markenbrot „freigäbe!" Von der Brotverteuerung, die dann über uns hereinbräche, können wir uns eine Vorstellung machen, wenn wir uns die heutigen Preise des markenfreien Brotes ansehen. Bis zum sechsfachen desjenigen Preises, der für das auf Marken zu entnehmende Brot festgesetzt ist, wird für markenfreies Brot verlangt. Dabei ist Markenbrot sehr viel leichter, weil hier kein Gewicht vorgeschrieben wird. Viele Käufer von markenfreiem Brot wissen wahrscheinlich nicht einmal sicher, wie teuer sie kaufen. Das kann nur feststellen, wer markenfreies Brot nachwiegt. Wenn 1000 Gramm Markenbrot 117 Mk. kosten, so stellt sich das Pfund auf rund 30 Mk. Wenn man aber — als Beispiel genommen — markenfreies Brot von nur 1200 Gramm Gewicht mit 300 Mk. bezahlt, dann kostet das Pfund Brot 125 Mark. Man soll nicht glauben, daß nur zahlungsfähige Leute markenfreies Brot zu kaufen genötigt sind. Sehr viele Familien, die keinen Ueberfluß an Geld haben, müssen es kaufen, damit sie die ihnen zustehende Menge Markenbrot durch markenfreies Brot ergänzen. Wo ein paar starke Esser sind, da reicht die normale Brotration nicht aus.

Der 4. Dezember wird voraussichtlich eine **150prozentige Verteuerung des Markenbrotes** bringen, da zu diesem Termin die neuen Mehlpreise für das zweite Umlageviertel in Kraft treten. Zuzüglich der Zuschläge der Kommunalverbände dürfte sich dann der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl auf 14 000, für Weizenmehl auf 15 000 Mk. stellen. Hinzu kommen die neuen Kohlenpreiserhöhungen, die vermehrten Lohnausgaben u. a. m., so daß der Preis des Markenbrotes einen Sprung von 117 auf annähernd 300 Mark machen dürfte. Die Folge wird sein, daß in unzähligen Familien die Schnitten noch kärglicher ausfallen und so manches Kind hungrig in die Schule und zu Bette gehen muß. Die Agrarier aber und ihre politischen Kumpane aller Schattierungen werden um so besser leben und die Revolution verantwortlich machen, während sie die wahren Urheber der Not sind. Je mehr sich die Folgen der alten Gewaltherrschaft auswirken, desto frecher gebärden sich die Reaktionäre und versuchen, das Volk durch nationalistische Propaganda zu korrumpieren.

Zum Abwehrstreik der Hafenarbeiter.

Bis jetzt war es immer üblich, mit den Arbeitgebern gemeinsam Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Hafenstädten Hamburg usw. zu regeln. Anstandslos haben sich beide Parteien seit Jahren, wenn auch die Arbeitnehmer manchmal schweren Herzens, wo ihnen Gelegenheit geboten war, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen besser zu gestalten wie in anderen Häfen, den jeweiligen Festlegungen in Hamburg gefügt. Die Abmachungen gingen meistens auf 14 Tage. Am 4. November hatten die Hafenarbeiter Neuforderungen für sämtliche Gruppen den Zeitverhältnissen entsprechend in den Häfen der Nordwestkante gestellt. Zu diesen Forderungen nahm ein vom Reichsarbeitsministerium paritätisch eingesetzter Schlichtungsausschuß Stellung. In der betr. Sitzung waren Vertreter sämtlicher interessierten Hafenstädte zugegen. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, dem die Arbeitnehmer Lübecks sich schweren Herzens unterwarfen. Trotzdem die Teuerungsverhältnisse in Lübeck wesentlich höhere sind, als in anderen Hafenstädten, glaubte der Hafenarbeitgeberverband hier eine Ausnahme machen zu müssen, indem er eine der altbewährten Gruppen, die jahrhundertang die Interessen der Kaufmannschaft wahrgenommen hat, schlechter stellte, als diese Gruppe in anderen Häfen. Den Stammarbeitern der Kaiverwaltung (frühere Trägerkorporation) mutete man zu, ihre Löhne um 20 Proz. zu reduzieren. Das konnte diese Gruppe sich weder in materieller noch in prinzipieller Hinsicht gefallen lassen. Dieses herausfordernde Vorgehen des Hafenarbeitgeberverbandes zeitigte derartige Empörung, daß die Kaiarbeiter und Kranführer beschlossen, fest an ihrer Forderung zu halten. Da nun die Arbeit der Schauerleute, Kohlenarbeiter usw. eng mit derjenigen der Kaiarbeiter verwachsen ist, konnten diese Gruppen einerseits garnicht anders handeln, als daß sie mit den Kaiarbeitern gemeinsam in Aktion traten; andererseits sei bemerkt, daß die Arbeitgeber ständig bestrebt waren, Lohn- und Arbeitsbedingungen im Lübecker Hafen einheitlich zu regeln.

Daher dieser tief ins wirtschaftliche Leben einschneidende Abwehrstreik der Hafenarbeiter.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Strafkammer.

-gi. Der Lehrer Steenbock in Krumbeck war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Landwirts Ehlers in Krumbeck zu 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Der Verurteilte hatte Berufung eingelegt und die stand gestern zur Verhandlung. Die Sache hat einen stark politischen Anstrich. Vor der Gemeinderatswahl im vorigen Jahre haben Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Bürgerlichen über die Besetzung im Gemeinderat stattgefunden; es wurde vereinbart, daß der Lehrer Steenbock und der Heizer Busch für die Arbeiter und die Landwirte Höppner und Schlichting für die Bürgerlichen die vier Sitze besetzen sollten. Da nun die Arbeiter bei einer Wahl 3 Sitze bekommen hätten, so wurden noch Abmachungen über Lieferungen von Lebensmitteln getroffen, u. a. sollte dem Lehrer Steenbock Milch geliefert werden, da bei letzterem mit der Belieferung von Lebensmitteln Schwierigkeiten bestanden. Auch sollten keine Maßregelungen von Arbeitern in irgend einer Weise stattfinden. Diese Vereinbarungen wurden in feierlicher Weise mit Händedruck unter Abgabe des Ehrenwortes getroffen. Als dann der Arbeiter Bock von dem Landwirt Ehlers, der, da Schlichting dazu nicht mehr imstande war, die Milchlieferung für den Beklagten übernommen hatte, machte St. dem E. den Bruch des Ehrenwortes zum Vorwurf. Später schrieb E. dem St. einen beleidigenden Brief und stellte die Milchlieferung ein. In einer späteren Versammlung des Gemeinderats kam dann die Sache zur Sprache und St. machte nun dem E. zum zweitenmal den Vorwurf des Wortbruchs. Von den Bürgerlichen wurde aber festgestellt, daß E. bei der Maßregelung des Bock von den Abmachungen nichts gewußt hat. Es handelte sich im wesentlichen darum, ob Höppner und Schlichting die Abmachungen nur für sich getroffen hatten, oder als Bevollmächtigte der sämtlichen Bürgerlichen. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß St., indem er in der Gemeinderatssitzung gesagt hat, zum erstemal hat E. sein Wort bei der Maßregelung Bocks gebrochen und zum zweitenmal bei der Einstellung der Milchlieferung, den Vorwurf des Bruches des Ehrenwortes bewußt gemacht hat, da schon früher festgestellt war, daß E. beim erstenmal nichts von den Abmachungen gewußt hat. Der Beklagte hatte als Verteidiger Rechtsanwalt Steinbömer zur Seite, während die Gegenseite durch Rechtsanwalt Wittern vertreten wurde.

Der „General-Anzeiger" regt sich über die „ungeheure Unkenntnis" unseres politischen Redakteurs auf! Hoffentlich mutet man uns nicht zu, daß wir ausgerechnet mit dem Redakteur Knie eine Unterhaltung über Geist oder Ungeist anfangen. Es ist ja auch das gute Recht selbst des kleinsten Politikers, seinen Gegner für furchtbar dumm zu halten. Nur muß er dann solche dummen Menschen auch in Ruhe lassen. Und was tut statt dessen der „General-Anzeiger"? Er hält sich einen besonderen Redakteur, der kaum eine andere geistige Beschäftigung hat, als Dr. Leber zu beschleichen und zu beknurren. (Von weitem allerdings nur!)

Denn das ist doch offenbar dieses besonderen Redakteurs Knie einzige und liebste Beschäftigung. Und wenn ihn dabei von Zeit zu Zeit der Geist sehr stark verläßt, so müssen einige niedrigstirnige Plumpheiten aushelfen. Selbst das Wort Frechheit wäre für seine Kampfesweise oft noch eine riesengroße Schmeichelei!

In Zukunft aber brauchen wir Raum und Zeit für Dinge und Gegner, die wichtiger sind, als die Allerweltsfaselhänse vom Typ „Sauce für jedermann".

*

Die Schlußbemerkung, die der „General-Anzeiger" uns anhängt, „die Arbeiter könnten die Verteuerung von Gas-, Wasser und Elektrizität ja wieder durch Lohnmehrforderungen wettmachen," ist solch ausgemacht kretinhafter Blödsinn, daß wir nichts darauf zu erwidern haben. Es gibt Behauptungen, die wirklich keiner Antwort würdig sind.

*

Daß die Arbeiter die Erhöhung ihrer Ausgaben durch Lohnmehrforderungen ausgleichen müssen, ist wohl selbstverständlich. Denn sie sind nicht alle so kapitalstark wie der „General-Anzeiger", der trotz der steigenden Preise für Papier usw. seine Forderungen für die amtlichen Anzeigen von Woche zu Woche herabsetzt, um sie ja nicht zu verlieren! Zuletzt bot er gar einen Rabatt von 90 % (neunzig Prozent)! Ob ihm diese Selbstlosigkeit etwas nützen wird?

Wenn der „General-Anzeiger" neun Zehntel des Preises nachlassen will, so kann er es auch ganz umsonst machen. Dann ist die Amtsblattfrage bald gelöst!

Geschworenenliste. Für die kommende Schwurgerichtsperiode wurden ausgelost: 1. Landmann Warnecke-Röbel. 2. Fabrikant Jacobs-Ahrensbök. 3. Apotheker Link-Lübeck. 4. Kaufmann v. Lühmann-Lübeck, 5. Telegraphenmechaniker Kamphausen-Lübeck, 6. Konsul Tesdorpf-Lübeck, 7. Kaufmann Fehling-Lübeck, 8. Tischlermeister Mühlicke-Lübeck, 9. Schlachter Keil-Lübeck, 10. Brennereibesitzer Uter-Lübeck, 11. Glasermeister Dettmann-Lübeck, 12. Kaufmann Michelsen-Gleschendorf, 13. Prokurist Bold-Bad Schwartau, 14. Fabrikant Hermann-Lübeck, 15. Bankbeamter Luts (Lues)-Lübeck, 16. Privatmann Schletz-Bad Schwartau, 17. Braumeister Teitner-Lübeck, 18. Betriebsdirektor Kern-Lübeck, 19. Ingenieur Glogner-Lübeck, 20. Arbeiter Strecker-Neudorf, 21. Landmann Fräbank-Ivendorf, 22. Kaufmann Buck-Lübeck, 23. Räuchereibesitzer Niemann-Schlutup, 24. Direktor Tobel-Lübeck, 25. Auktionator Koch-Lübeck, 26. Buchbindermeister Groth-Lübeck, 27. Hauptlehrer Kröger-Lübeck, 28. Geschäftsführer Mindrup-Eutin, 29. Agent Nernst-Lübeck, 30. Oberlehrer Dedekind-Lübeck. — In der Tendenz der Geschworenen-Auslese hat sich gegen früher auch rein gar nichts geändert. Die Lohn- und Gehaltsempfänger muß man unter dieser Liste mit der Brille suchen und entdeckt sie trotzdem nur sehr spärlich.

Die Gebühr für die versuchsweise eingeführten Blitzfunkentelegramme wird bis auf weiteres allgemein auf das Fünfzigfache der jeweils gültigen gewöhnlichen Telegrammgebühren festgesetzt. Die Blitzfunkgebühr ändert sich also künftig von Fall zu Fall gleichzeitig mit jeder Aenderung der gewöhnlichen Telegrammgebühr. Da seit dem 15. November für gewöhnliche Telegramme — unter Wegfall der Mindestgebühr für zehn Wörter — eine Grundgebühr von 20 Mk. und eine Wortgebühr von 10 Mk. festgesetzt ist, so wäre für Blitzfunktelegramme eine Grundgebühr von 20 mal 50 gleich 1000 Mk. und eine Wortgebühr von 10 mal 50 gleich 500 Mk. zu zahlen.

Ueber Mozarts dramatisches Schaffen hielt am Freitag im kaufmännischen Verein „Concordia" vor einem ziemlich zahlreichen Publikum Kapellmeister Mannstaedt vom hiesigen Stadttheater einen sehr interessanten Vortrag. Im leichten Plauderton, oft mit scherzhaften Wendungen und Bemerkungen gewürzt, aber immer von echter Liebe für Mozart und innigstem Verständnis und großer Sachkunde getragen, entrollte er in feinen Zügen ein Bild von dessen Lebenswerk, wie er es schaut. Mozart war, so meinte Mannstaedt, als Erzeuger gleich groß auf dem Gebiete der absoluten Musik wie dem der Oper, während Beethoven, Gluck, Haydn und selbst Wagner wirklich Bedeutendes nur auf einem desselben leisteten. Wort und Handlung der Oper waren bei ihm nicht das Wesentliche, dem sich die Musik unterzuordnen hatte, sondern sie dienten der Musik, der sie den Untergrund gaben. In seiner Musik sind, in echt deutscher Empfindungsart, Lachen und Weinen nahe beieinander, sie geben die Grundstimmung. Mozarts Schaffen kennt nicht Höhen und Tiefen, sondern es bewegt sich zur Höhe und bleibt auf ihr. Von dort gab es nur einen jähen Absturz. An vielen Beispielen, auch am Klavier, erläuterte Mannstaedt seine Auffassung. Lebhafter Beifall belohnte ihn dafür.

Den Kindern der Lübecker Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen am Montag nachmittag in der Aula des Johanneums (Bei St. Johannis) ein paar erhabene und genußreiche Stunden bereitet werden. Die Genossin Maria Schipfmann-Berlin, die sonst in der Schriftleitung der „Neuen Zeit" tätig ist, wird an der Hand von Lichtbildern die Kinder in die deutsche Märchenwelt einführen. Unter anderem werden die „Bremer Stadtmusikanten", „Hans im Glück" und andere im Bilde erscheinen. Der Eintrittspreis ist niedrigst auf 3 Mark festgesetzt. Auch Erwachsene können für einen Eintrittspreis von 10 M teilnehmen. Beginn 4 Uhr. Sorgt für Massenbesuch. Vorverkauf im Parteisekretariat, Johannisstr. 50.

Größe und Gewicht der Postkarten. Postkarten im Inlandsverkehr dürfen die Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter nicht überschreiten und nicht mehr als 8 Gr. wiegen. Größere oder schwerere Postkarten unterliegen der Briefgebühr und werden mit einer Nachgebühr in Höhe des doppelten des an der Freigebühr für einen einfachen Brief fehlenden Betrages belegt. Diese Nachgebühr beträgt im Fernverkehr 12 M. Postkarten im Auslandsverkehr dürfen nur 14 : 9 Zentimeter groß sein.

Die Empfangsbescheinigungen über Steuerkarten von 1921 sind bei der Finanzkasse abzuholen. (S. Inserat.)

Die Straßenbahnfahrpreise werden am Sonntag ab auf **20** und **30** Mark erhöht. (Siehe Inserat.)

Das Geld hat keinen

Wert mehr, sagen Viele. Weit gefehlt, man muß es nur richtig anwenden. Wer seine Kleider, Blusen, Strümpfe, Gardinen nur mit den weltberühmten **„Heitmann's Farben"**, Marke **„Fuchskopf im Stern"** selbst färbt, wird an dem prachtvollen Erfolg erkennen, welchen hohen Wert selbst der verausgabte kleine Betrag hatte. (9516

Bestattungswesen. Die öffentliche Versammlung am Freitag, mit der die Tätigkeit der Notgemeinschaft 1922 zu Lübeck begonnen hat, war überaus zahlreich besucht. Der große Saal der Zentralhallen konnte die Besucher kaum aufnehmen. Eröffnet wurde die Versammlung von Gen. Hugo Schulz. Gogowsky hielt das Referat über Richtlinien und Organisation des gemeinnützigen Begräbniswesens. Die Versammlung wurde über das Statut, die Aufnahmebedingungen und die Höhe der vorgesehenen Unterstützungssätze unterrichtet. Auf dem Beitrittsschein kann jeder Interessent die vom Vorstand und der Kontrollkommission bestimmten Leistungen einsehen. Die ersten Unterstützungen bei Sterbefällen werden mit dem 21. Dezember 1922 beginnen. An der regen Aussprache beteiligten sich die Gen. Schmidt, Pagels, Weitendorf, Lehmkuhl, Kaping, Meyer, Nuvnau, Schmidt und Göhr. Alle sprachen im Sinne des weiteren Ausbaus des nun begonnenen Unternehmens. Weit über 1000 Beitrittserklärungen sind an diesem Abend erfolgt. Weitere Anmeldungen können auf der Bank der Arbeitsgenossenschaft, Mengstr. 28 und im Geschäftslokal Hundestr. 51 erfolgen.

ph. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter eines hiesigen industriellen Werkes, der sich auf Grund einer erschwindelten Lieferungsbescheinigung 17 Zentner Briketts verschaffte und verkaufte, die ihm von dem Werke geliefert wurden.

ph. **Wegen Brandstiftung festgenommen.** Am 14. November brannte die Scheune eines Landmannes in Niederbüssau mit fast der gesamten diesjährigen Roggenernte, 200 Zentner künstlichem Dünger und 3 Wagen ab. Wie festgestellt, dürfte der Brand auf die Fahrlässigkeit eines Knechtes zurückzuführen sein, der am Morgen in der Scheune geraucht hatte. Der Knecht wurde festgenommen und dürfte sich wegen fahrlässiger Brandstiftung zu verantworten haben.

ph. **Diebstahl.** Von einem Hause in der Krähenstraße wurde eine Regenrumpfe aus Zink von ca. 3 Meter Länge gewaltsam losgebrochen und gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Bürgerschaftsfraktion! Montag abend 5½ Uhr Fraktionssitzung im Roten Saal des Rathauses.

Achtung, SPD.-Metallarbeiter! Am Dienstag, dem 21. d. M. sehr wichtige Fraktionsversammlung. Vollzähliges Erscheinen aller SPD.-Metallarbeiter ist Pflicht.

Der Fraktionsvorstand.

Arbeitsgenossenschaft. Sonntag, den 19. November, vormittags 9 Uhr: Besichtigung der Betriebsanlagen und der Einrichtungen für das Bestattungswesen. Die Vertreter der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen sind hierzu eingeladen. Treffpunkt Hüxtertorallee 43. Die Mitgliederräte der Gem. Arbeitsgenossenschaft treffen sich um dieselbe Zeit zur Besichtigung und Besprechung.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonntag, 2,30 Uhr: 3. Fremdenvorstell. Der Musikant. Hierauf: Die Puppenfee. 7 Uhr: Gasparone. 10,30 Uhr: Josefslegende. — Montag, 7,30: 8. Volkstümliches Konzert. — Dienstag, 7 Uhr: Die Lokalbahn. Hierauf: Die Puppenfee. (Außer Abonnement) Schüler zahlen halbe Preise. 10,30 Uhr: Die Josefslegende. — Mittwoch, 7 Uhr: Schwanenweiß. 16. Vorst. i. Mittwochab. Bchst. D. 10,30 Uhr: Zum letzten Male: Die Josefslegende. — Donnerstag, 7,30 Uhr: Gasparone. 16. Vorst. i. Donnerstagab. Bchst. D. — Freitag, 7,30: Der Motor. 16. Vorst. i. Freitagab. Bchst. D. — Sonnabend, 7,30: Vorst. f. d. Volksbühne: Der Musikant. Hierauf: Die Puppenfee. — Sonntag, 10 Uhr: Abendröte. Vorher: Einführender Vortrag v. Dr. Fritz Endres. 2,30 Uhr: Vorstellung für die Volksbühne: Der Musikant. Hierauf: Die Puppenfee. 7,30 Uhr: Der fidele Bauer.

Stadttheater. Zu der Vorstellung am Dienstag: „Lokalbahn" und „Puppenfee" erhalten Schüler gegen Ausweis der Schulen halbe Preise. Sonntag abend 7 Uhr: „Gasparone". 10½ Uhr: zum ersten Male die „Josefslegende".

Hansatheater. Heute, Sonnabend: „Die Bajadere". Sonntag zum letzten Male: „Grigri". Montag zum letzten Male: „Fledermaus".

Angrenzende Gebiete.

Schleswigsche Westküste. Die Not der Landwirte. Einen ungeheuren Naturalienpachtpreis für seine Ländereien erzielte ein Pellwormer Landmann; der Wert des Korns, das er sich für sein Land ausbedungen hatte, betrug 200 000 M je Demat, was für die gesamten Ländereien des nicht allzu großen Marschhofes etwa 14 Millionen Mark ausmacht. — Damit läßt sich wohl privatisieren und auf die Städter schimpfen, die den ganzen Kitt mit Wucherpreisen bezahlen müssen.

Aus aller Welt.

Plünderung eines Viehmarktes. Zu schweren Plünderungen ist es auf dem Viehmarkt in Holzminden gekommen. Da die Händler für junge Schweine Preise forderten, die den Kauflustigen zu hoch waren, schritt die Menge zur Selbsthilfe. Man stürzte sich auf die Händler und in wenigen Minuten eigneten sich die Plünderern alle Schweine an, ohne einen Pfennig zu zahlen. — Die Provinz Hannover wird augenblicklich von einer gut organisierten Bande von Gänsedieben heimgesucht, die bisher nicht gefaßt werden konnte. Bisher wurden in 51 Ortschaften weit über tausend Gänse gestohlen.

Mord auf offener Landstraße. Zwischen den Ortschaften Lüchte und Bad Pyrmont hielt ein Landjäger den wegen Mord des gesuchten Verbrecher Alfred Pauli an, der auf einem Motorrade fuhr. Pauli stieg bereitwillig ab und machte sich an seinem Motorrade zu schaffen. Plötzlich feuerte er hinter dem Rade weg einen Revolverschuß auf den Landjäger ab, der diesen sofort tot niederstreckte. Pauli fuhr dann mit seinem Motorrade nach dem Bahnhof Lüchte und verschwand spurlos.

Sport.

Abfahrt der 3. Mannschaften A.-T.-V. nach Kiel am Sonntag, dem 19. November, morgens 7.15. Abmarsch vom Klublokal morgens 5¾ Uhr. (9510) C. Schrader.

Wetterbericht.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

(Nachdruck verboten). **Mölln,** 16. November.

19. Nov.: Mild, meist neblig-trübe, nachmittags im Binnenlande zeitweise aufklarend bezw. heiter, leichte bis schwache SO und S.-Winde. Durchweg trocken. Zeitweise im Küstengebiet nasser Nebel und stellenweise etwas Sprühregen. 20. Nov.: Wenig Aenderung bei normaler Luftwärme. 21. Nov.: Ziemlich mild, meist bedeckt, stark auffrischende SO.-Winde, west-ostwärts ausgebreitete Regenfälle. 22. Nov.: Mild, meist trübe, starke stellenweise (Küste) stürmische SW.-Winde, ausgedehnte, öfters teilweise ergiebige Regenfälle. 23. Nov.: Unbeständig, meist starkwolkig, zeitweise aufklarend, böige teilweise starke W.- und NW.-Winde, Temperatur sinkend, Regen- und Graupelschauer. Nachts im Binnenlande Frostgefahr. 24. Nov.: Kälter, wolkig mit Aufheiterung, böige NW.- später S.-Winde. Zunächst trocken, später Regenfälle. 25. Nov.: Mild, meist trübe, vielfach starke S.- und SW.-Winde, zeitweise Regenfälle.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer, für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Spanetti
die beste Milch-Schokolade
9530

Amtlicher Teil.

Bußtag.

Musik-, Theater- und Lichtspielaufführungen ernster Art sind am Bußtage gestattet.

Dagegen bleiben die übrigen Beschränkungen insbesondere auch das Verbot der Tanzlustbarkeiten und Schaustellungen, bestehen.

Lübeck, den 14. November 1922. (9543

Das Polizeiamt.

Steuerkarten 1921.

Diejenigen Arbeitgeber, welche im Laufe des Steuerjahres 1921 die Steuerkarten ihrer Arbeitnehmer der Finanzkasse zur Verrechnung vorgelegt haben, werden aufgefordert, die Empfangsbescheinigungen bei der Finanzkasse abholen zu lassen und an die betreffenden Arbeitnehmer auszuhändigen. (9511

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 19. November 1922.

a) Einzelfahrscheine: bis zu 4 Zonen **20 Mk.**, für 5 und mehr Zonen **30 Mk.**

b) **Fahrscheine ohne Zonenbegrenzung für Schüler und Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Lebensjahre:**

Bündel von 15 Stück zum Preise von 75 Mk.

c) **Monatskarten, nur gültig an Werktagen:**

	2mal. Fahrt:	4mal. Fahrt:
bis zu 4 Zonen	Mk. 650.—	Mk. 1800.—
für 5 u. mehr Zonen	„ 1200.—	„ 2800.—

d) **Beförderung von Gepäckstücken u. Hunden: Fahrpreise wie zu a) für Personenbeförderung.**

Zur Beachtung! Umtausch der Fahrscheinbünd[illegible]straße 49 a oder brieflich.

Lübeck, im November 1922. (9589

Die Betriebsbehörde. Abt. Straßenbahn.

Gebühren der Friedhofsbehörde.

Die Gebühren für Gräber und die sonstigen Gebühren werden vom 20. d. M. ab durchweg um 100% erhöht. Vom 1. Dezember d. J. ab wird die Zahl der Bestattungsklassen auf 3 herabgesetzt, die Gebühren werden erhöht. Der Gebührentarif kann im Bureau der Friedhofsbehörde, Fleischhauerstr. 55/57, eingesehen werden.

9570) **Die Friedhofsbehörde.**

Rechtsanwalt Dr. Oscar **Hann** hier ist zum Notar ernannt und am 16. 11. 22 vereidigt.

9529) **Landgericht Lübeck.**

Handelsregister.

Am 17. November 1922 ist eingetragen: 1. bei der Firma F. O. Klingström, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 2. November 1922 ist § 5 des Gesellschaftsvertrages geändert wie folgt: Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer vertreten. Sind Prokuristen bestellt, so wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen gemeinsam vertreten. Der Kaufmann Henry Holste in Lübeck ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Willy Hacker ist erloschen; 2. bei der Firma Freitag u. Co., Lübeck: Die Prokura des Franz Lau ist erloschen. Heinrich Derlien in Lübeck hat Prokura. (9565

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Durch Ausschlußurteil des unterzeichneten Gerichts vom 23. September 1922 ist die von der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck auf den Namen des Wirtschaftsadministrators Stanislaus von Splawa-Neyman zu Karczewo ausgestellte, an den Ueberbringer auszahlbare Lebensversicherungs-Police Nr. 129 561 für kraftlos erklärt. 9568

Lübeck, den 15. November 1922.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Durch Ausschlußurteil des unterzeichneten Gerichts vom 23. September 1922 ist die von der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck auf den Namen der Ehefrau Margarethe Mössinger, geb. Dürr, zu Forellenhaus b. Wildbad ausgestellte, an den Ueberbringer auszahlbare Lebensversicherungs-Police Nr. 113 587 für kraftlos erklärt. 9567

Lübeck, den 15. November 1922.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Versammlung der Kaufmannschaft am Dienstag, 21. November 1922, nachmittags 6 Uhr in der Börse.

Tagesordnung:

Linderung der Winternot.

Lübeck, den 18. November 1922. (9584

Die Handelskammer.

Nichtamtlicher Teil.

Mariechen Dabbertin
Hans Behrensteck
Verlobte. (9563
Lübeck, den 18. 11. 22.

Am Donnerstag, nachm. 4½ Uhr, verschied nach kurzem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter
Katharina D. M. Heinemann
geb. Fick
im 70. Lebensjahr.
Tiefbetrauert von den Ihren
Familie Heinemann, Familie Knade.
Beerdigung Montag 1?. Nov. (9557

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zahlst. Selmsdorf.
Am Mittwoch, dem 15. ds. Mts. starb unser Kollege (9560
Heinrich Dunker,
Maurer,
im 52. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 19. Nov., nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahner-Verbd.
Ortsgruppe Lübeck.
Am Donnerstag starb infolge Krankheit unser Mitglied, der Rangierführer
Wilhelm Brügmann.
Ehre seinem Andenken! (9571
Die Beerdigung findet am 21. d. Mts. nachm. 1½ Uhr von der Kapelle d. Vorwerk. Friedh. statt.
Die Ortsverwaltung

Am 17. November, früh 4½ Uhr, entschlief plötzlich nach gut überstandener, schwerer Operation meine liebe Frau, die herzensgute Mutter unserer beiden Kinder, unsere liebe Tochter u. Schwester
Helene Kapnau,
geb. **Krahn.**
Tiefbewegten Herzens geben wir dieses bekannt. (9598
Lübeck, 18. Nov. 1922,
Schlägerstr. 60, I.
Georg Kapnau und Kinder, Familie Krahn.
Die Beerdigung findet statt am Dienstag, d. 21. d. Mts., nachm. 2½ Uhr, v. d. Kapelle d. Vorwerker Friedhofes.

Die Trauerfeier für unsern lieben Sohn **Arthur** findet **nicht Burgtor,** sondern Dienstag 3 Uhr in der Kapelle Vorwerk statt. (9580
Wilhelm Güldner u. Frau.
Augustenstraße 15a.

Freundl. 2-Zim.-Wohn. m. Gas z. tausch. ges. geg. eine 3-Z.-Wohn. ohn. Gas 9576) Näheres i. d. Exp.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten b. Heimgange unseres teuren Entschlafenen, seinen Lehrern und Mitschülern sagen ihren innigsten Dank
Familie Weinowski,
9551) Rensefeld.

Nachtzahlung
für Wallbrechts Ländereien, letzt. Tag: **22. Nov.** Nicht bez. verl. ihr Grtld.
Jahn, Danziger Str. 11.
(9544)

Ges. sof. n. Reyna **eine Stütze,** d. kinderlieb, bei Fam.-Anschl. (9565
Näh. Glorinstr. 17.

Gesucht sof. tücht. Mädch.
Rathmann, Schwartau,
9558) Eutiner Str. 21.

Kaufe Leinöl.
9533) **Alfstraße 11, I.**

Z. kauf. ges. Futterkart. Kasperltheater, Modell-Dampfmaschine. (9586
Ang. m. Pr. u. A 556.

Kinderwagen gesucht.
9569) Ang. m. Pr. u. A 553

Gesucht Grammoph.-Pl. alte u. Bruch Kg. 500 M
9584) Moisl. All. 72 b.II.

Kleine Hobelbank zu kaufen gesucht. (9597
Ang. m. Pr. u. A 557 a. d. E.

Ein gut erhalt. Teppich zu kaufen gesucht. (9542
Ang. u. A 552 a. d. Exp.

Kl. Haus i. d. Vorst. zu kauf. gesucht evt. Tausch.
9583) Ang. u. A 554 a. d. E.

Geigen usw.
(auch zerbrochen)
kauft täglich v. 2-5 Uhr
Herbert Müller
Werkstatt für Geigenbau u. -Reparatur
Percevalstr. 37. (9596

Anz. z. verk. f. 10-11j. Knaben. (9552
Wakenitzmauer 132/7.

Mandoline zu verk.
9559) Feldstr. 31.

Z. v. 1 f. n. bl. Anzug f. schl. Figur.
9562) Wielandstr. 6, I.
Sonnt. von 8—12 Uhr.

1 P. Halbst. 43, 1 P. Kinderschu. 33, 1 Palet. f. Konf., 1 Kinderjoppe am liebst. geg. Kartoff. zu verk. od. z. vt. (9591
Stockelsdorf. Lohstr. 7 I.

1 Teeschirm zu verk. (9546
Fleischhauerstr. 8. p. Fl.

D.-Mantel z. vk. Fischergrube 81, I. r. (9575

Zu verk. guterh. Kinderbettst. Grönke, Burgf.-Bar. II, b. d. Adolfst. (9548

Kl. eis. Ofen (2 Feuerst.) zu vk. A. d. Mauer 12/4. (9564

Z vk. gut erh. Puppenwag. Untertrave 36. 3. (9592

Z. vk. gr. Puppenküche Puppenstube, Rechenmaschine und Baukasten. Wakenitzmauer 3a Hth. 3 (9585

Fast neue Singer-Tritt-Nähmasch. z. verk. (9590 Bei St. Johannis 12-14 I.

Z. vk. Jüngl.-Mant. a. für gr. Knab pass., H.-Mant.
Benthin, Schwartau,
9554) Riesebusch 12.

Kl. eis. Ofen (Dauerbr.) zu vk. Obertrave 54, 2. (9588

Hornl. w. **Milchziege** (März lammend) g. j. gut. **Blockwagen** z. tsch. o. z. vk. Löbs, Ratzeb. Al. 97 (9508

Ein kl. Zugang. z. verk
9578) Ludwigstr. 47.

Guter Ziehhund z. verk.
9549) Ziegelstr. 22a.

Puppen werden gut u. billig repariert. Kaufe einzelne Teile. (9581
Möller, Wahmstr. 81.

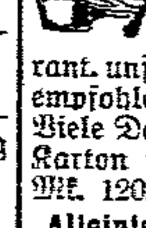
Aufarbeit. v. Matr. 680, Sofa 760. Ang. u. A 555 an die Exp. (9579

Aerztl. Sonntagsdienst. (9612
Dr. Petersen, Mengstr. 16.
Dr. Lüth, Sandstr. 16.
Dr. Schnoor, Schw. All 47

Ad. Hübner Uhrmacher Fünfhausen 13.
Uhr.- u. Goldwarenhdlg. u. Reparaturwerkst. (9518

Heilinstitut, Lindenstr. 47, behd. Leiden jd. Art. bei chron. n. homöopat.-physiol. System. (9517

+ Magerkeit +



Schöne volle Körperformen durch unser „Hegro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 120. Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10
9536

Konsumverein f. Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Futtermittel.

Wir können wieder liefern:

Maisschrot,
Gerstenfuttermehl,
(Mastfutter),
Roggenfuttermehl,
Weizenkleie,
Reisfuttermehl,

ferner ab Zentrallager Hansastraße ein kleiner Posten

Futterkartoffeln

Ztr. 500.— Mk. (9593

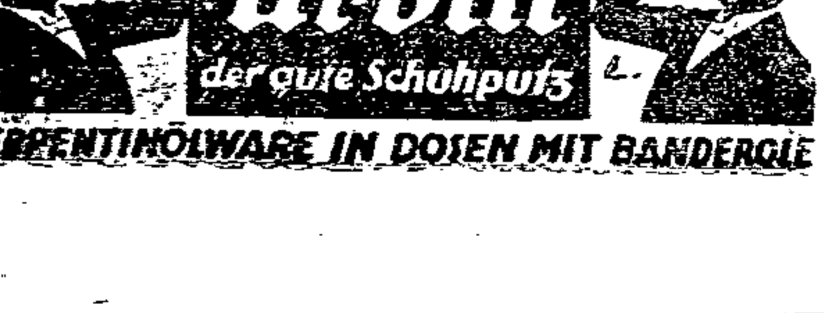
Flaschen. Rheinwein-, Mosel-, Rotwein- und Kognakflaschen p. Stck. 36 Mk., sowie Flaschen aller Art kauft dauernd und zahle ständig höchste Preise. (9582
F. Kröger, Alfstraße 2, Fernruf 1794.

beim Einkauf Ihrer
Möbel!
Noch sind die Preise zu erschwingen! (9595

Besichtigen Sie meine reichh. Auswahl in modernen **Schlafzimmern, Eßzimmern, Wohnzimmern, Küchen, Sofas, Chaiselongues, Vertik., Spiegel.** Neu aufgenommen. **Fertige Betten, Bettfedern.** Erstkl. Fabrikate. Billige Preise. **Ab Lager, kein Lad.**

Lorenz [illegible]eine, Depenau 8.

Bestellungen
zur Lieferung des
Gesetz- und Verordnungsblattes der freien und Hansestadt Lübeck
nimmt entgegen die
Buchhandlung Lübecker Volksbote.



9582